

Das Parlament

Berlin, Montag 5. März 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 10 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHEN

Mutmacher für die Griechen

Martin Schulz Es war eine heikle Reise für den neuen Europaparlaments-Präsidenten: In einer Zeit, wo Begriffe wie „Brüssel“ oder „Deutscher“ im Konkurrenzland Aggressionen auslösen, fuhr die Sozialdemokrat nach Athen und streichelte im dortigen Parlament die einheimische Seele. Wie gespannt die Atmosphäre dort ist, wo die Deutschen



als Antreiber der EU-Sparvorgaben gelten, bekam Schulz gleich vor seiner Rede am Dienstag von Parlamentspräsident Patsalnikos zu hören. Der empörte sich über Berichte, seine Landsleute würden zu wenig arbeiten. So appellierte Schulz denn im Plenarsaal, dass statt Pauschalurteilen wieder mehr Respekt das Verhältnis von Griechen und Deutschen bestimmen möge. Schulz machte den Griechen viel Mut: „Wir sitzen im gleichen Boot.“ *kru* ||

ZAHLE DER WOCHEN

7

Mal hat der Deutsche Bundestag mittlerweile Euro-Rettungsaktionen zugestimmt – die bisher letzte war das zweite Hilfspaket von 130 Milliarden Euro, die das Parlament vergangene Woche mit großer Mehrheit beschloss. Die erste Hilfe für bedrohte Euro-Staaten betraf ebenfalls Griechenland. Am 7. Mai 2010 votierte der Bundestag für das Paket von 110 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHEN

»Die Tür bleibt offen. Durchgehen müssen die Griechen selbst.«

Philipp Rösler (FDP), Bundeswirtschaftsminister, in einem Fernseh-Interview über den Zusammenhang von EU-Hilfen und notwendigen eigenen Sparanstrengungen Griechenlands

IN DIESER WOCHEN

INNENPOLITIK

Rechtsextremismus Parlamentarier debattieren über schärfere Bekämpfung *Seite 5*

KULTUR UND MEDIEN

Geschichte Ein neues Datenhandbuch zur Historie des Deutschen Bundestags *Seite 8*

EUROPA UND DIE WELT

Jemen Bundestag debattiert über angespannte Lage in dem arabischen Land *Seite 10*

KEHRSEITE

Bundestagsgebäude Das sanierte Haus Wilhelmstraße 65 wurde übergeben *Seite 14*

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main

4 194560 401004 10

Merkeln am Euro

EU-GIPFEL Regierungschefs unterzeichnen in Brüssel den Fiskalpakt – und setzen auf strenge Sanktionen

An Europa und dem Euro wird derzeit kräftig herumgewerkelt und gebaut. Auf dem Gerüst: Regierungschefs, Notenbanker, Finanzpolitiker und EU-Diplomaten, die derzeit gerne und oft von Meilensteinen, Brandmauern oder Schutzwällen sprechen, um das komplizierte Sanierungsprojekt zu beschreiben. Ihrem Ziel, die Europäische Union aus der Schuldenkrise herauszuführen und zu verhindern, dass sich der Bankrott Griechenlands wie ein Flächenbrand auf andere Mitgliedsländer der EU ausbreitet, sind sie am vergangenen Freitag einen Schritt näher gekommen. Zumindest war das der offizielle Tenor der Beteiligten nach Ende des EU-Gipfels vom 1. und 2. März in Brüssel.

Wichtigstes Ergebnis dort: die Unterzeichnung des Fiskalpaktes durch 25 der 27 EU-Staaten (Großbritannien und Tschechien sind nicht dabei). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete den Vertrag als entscheidende Wende zur Stabilisierung der Finanzen in der EU. „Das ist ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union“, lobte Merkel anschließend den auf Drängen Deutschlands zustande gekommenen Vertrag. Mit diesem verpflichten sich die Unterzeichnerländer zu einer strengen Haushaltsdisziplin und automatischen Sanktionen bei Verstößen dagegen.

Der nötige Biss Bereits bei der Abstimmung des Bundestages über das zweite Hilfspaket für Griechenland einige Tage zuvor, begründete Merkel ihren Optimismus: Der Fiskalpakt behebe die „Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion“ und das Defizitverfahren bekomme „endlich den Biss, den es braucht, um effektiv und glaubwürdig zu sein“, so die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung am 27. Februar. Die Opposition kritisierte jedoch, dass allzu strenge Sparvorgaben nötige Investitionen in die Wirtschaft verhindern. Der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, sagte, die im Fiskalpakt enthaltene Schuldenbremse mache Politik handlungsunfähig. Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) nannte den Fiskalpakt ein „klappriges Gebiss“ ohne ernsthafte Sanktionen. Der Fiskalpakt dient vor allem der Disziplinierung der EU-Staaten: Die Unterzeichner verpflichten sich, nahezu ausgeglichene Haushalte anzustreben. Das jährliche, konjunkturenabhängige Staatsdefizit eines Landes darf demnach 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht übersteigen. Es sei denn, und das werten Kritiker als Hintertür, es liegen ungewöhnliche Umstände vor. Um eine möglichst hohe Verbindlichkeit zu erreichen, verankern die Staaten eine nationale



Der Fiskalpakt soll helfen, den Gemeinschaftswährungen einen Halt zu geben.

schuldensbremse in ihrer Verfassung oder auf vergleichbarer Ebene. Auch das kritisieren Ökonomen als Schwachstelle. Verschuldet sich ein Staat zu sehr, wird automatisch ein Defizitverfahren ausgelöst. Anders als bisher können Sanktionen nur noch von einer Zwei-Drittel-Mehrheit der EU-Finanzminister gestoppt werden. Denn Deutschland wehrt sich bisher gegen den international stärker werden Druck, die Mittel des ESM aufzustoßen. Merkel dürfte dabei sicherlich auch die zahlreichen innenpolitischen Kritiker der Euro-Rettungsmaßnahmen im Blick haben. So haben SPD und Grüne die Ergebnisse des EU-Gipfels kritisch bewertet. „Es wurde versäumt, das dringend erforderliche, europäisch finanzierte Investitionsprogramm für Griechenland auf den Weg zu bringen“, erklärte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß.

An den ESM gekoppelt Ein weiterer wichtiger Aspekt des Sparpaktes ist dessen Verknüpfung mit dem im Juli startenden dauerhaften Rettungsschirm ESM. So sollen nach einer Übergangszeit nur noch jene Staaten Hilfen aus dem ESM bekommen, die den Fiskalvertrag unterzeichnet haben. Das könnte zu einem Problem für das schwächelnde Irland werden, denn dessen Regierung hat in der vergangenen Woche eine Volksabstimmung zum Fiskalvertrag angekündigt – mit ungewissem Ausgang. Auch zum ESM selbst fielen auf dem Brüsseler Gipfel wichtige Entscheidungen. Der

ständige Krisenfonds soll rascher mit Kapital ausgestattet werden als ursprünglich geplant. Dazu wollen die EU-Länder noch in diesem Jahr zwei von fünf Raten einzahlen. Der ESM löst am 1. Juli seinen befristeten Vorgänger EFSM ab und ist bisher mit 500 Milliarden Euro ausgestattet. Und bei aller Zuversicht in Brüssel – die Summe hat schon im Vorfeld des Treffens für Streit gesorgt und wird es auch danach tun. Denn Deutschland wehrt sich bisher gegen den international stärker werden Druck, die Mittel des ESM aufzustoßen. Merkel dürfte dabei sicherlich auch die zahlreichen innenpolitischen Kritiker der Euro-Rettungsmaßnahmen im Blick haben. So haben SPD und Grüne die Ergebnisse des EU-Gipfels kritisch bewertet. „Es wurde versäumt, das dringend erforderliche, europäisch finanzierte Investitionsprogramm für Griechenland auf den Weg zu bringen“, erklärte SPD-Fraktionsvize Joachim Poß.

»Das ist ein Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union.«

Angela Merkel

kontroverse Euro-Debatten, denn schon bald soll der Fiskalvertrag dort ratifiziert werden.

Claudia Heine ||

➔ Mehr zum Thema Schuldenkrise auf den Seiten 2-4 und der Seite 9

Das Plenum ist gefragt

EURO-RETTUNG Das Bundesverfassungsgericht stärkt erneut die Mitspracherechte der Abgeordneten

In der vergangenen Woche erhitze nicht nur das zweite, 130-Milliarden-Euro teure Hilfspaket für Griechenland die Gemüter unter der Reichstagskuppel. Auch das Bundesverfassungsgericht hatte es wieder einmal geschafft, mit einem Urteil die Nachrichtenlage zu beheben. Ein Urteil, das erneut die Rechte der Bundestagabgeordneten stärkt, indem es ihnen die Macht über die Milliardenausgaben des Europäischen Rettungsschirms EFSF zurückgibt. In welcher Form sie diese Macht nun konkret umsetzen, wird in den nächsten Wochen vom Bundestag neu geregelt werden müssen.

Was war passiert? Am 28. Februar hat das Bundesverfassungsgericht die Einrichtung eines neunköpfigen Sondergremiums für Entscheidungen zur Euro-Rettung als teilweise grundgesetzwidrig eingestuft. Es gab damit einer Klage der SPD-Abgeordneten Sven Schulz und Peter Danckert in weiten Teilen statt, die durch das Neuner-Gremium ihre Mitspracherechte verletzt sahen.

Eilig und vertraulich Das Neuner-Gremium ist Teil des im Oktober geänderten Stabilisierungsmechanismusgesetzes (Stab-MechG). Darin verpflichtet sich Deutsch-



Überzeugt vom Urteil: Norbert Lammert

land auf Gewährleistungszahlungen in Höhe von 211 Milliarden Euro im Rahmen der EFSF. Das Gesetz regelte aber auch die Beteiligungsrechte des Bundestages neu. Danach bedürfen Entscheidungen des deutschen Vertreters in der EFSF grundsätzlich der Zustimmung des Bundestages. In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit sollte dieses Beteiligungsrecht von einem Sondergremium ausgeübt werden.

Dem hat Karlsruhe nun einen Riegel vorge-schoben. Die Übertragung von Befugnissen auf eine geheim tagende Runde aus neun Mitgliedern des Haushaltsausschusses verletze die Rechte der anderen Abgeordneten, entschied das Gericht. Mit einer besonderen Eilbedürftigkeit jedenfalls könnte eine solche Kompetenzverschiebung nicht begründet werden. Anders sieht es bei der Vertraulichkeit aus. Hier ließen die Richter eine Ausnahme zu. Beim Ankauf von Staatsan-leihen durch den EFSF am Sekundärmarkt sei eine solche Delegation rechtmäßig. Sie betonten in diesem Zusammenhang, dass es zum Selbstorganisationsrecht des Parla-mentes gehöre, Sondergremien zur selbstän-digen und plenereretzenden Wahrneh-mung von bestimmten Aufgaben zu bilden. Dabei müsse jedoch der Grundsatz der Ver-hältnismäßigkeit gewahrt bleiben.

Fülle von Möglichkeiten Nun ist der Bun-destag am Zug, die ausreichende Betei-ligung seiner Mitglieder an den Euro-Ret-tungsmaßnahmen neu zu regeln. Eine Übergangsfrist dafür haben die Richter zwar nicht formuliert. Aber Bundestagspräsi-dent Norbert Lammert (CDU) zeigte sich nach dem Urteilsspruch am vergangenen Diens-

tag überzeugt, dass dies „in einer vernünftigen Zeit nachjustiert“ wird. Derzeit sei oh-nehin ein neues parlamentarisches Beglei-tungsgesetz für den künftigen, ab Sommer geplanten Europäischen Stabilitätsmecha-nismus ESM in Arbeit. Lammert betonte, er halte das Urteil aus Karlsruhe „in der Sache für überzeugend“ und „plausibel“. So klar die Richter sich zum Neuner-Gremi-um in seiner jetzigen Form geäußert haben, so offen ließen sie die daraus folgende kon-krete Umsetzung. Der Prozessbevollmäch-tigte des Deutschen Bundestages, Marcel Kaufmann, betonte in der Sitzung des Europa-Ausschusses am 29. Februar, das Ur-teil biete „eine Fülle von Gestaltungsmög-lichkeiten“. So könne das Neuner-Gremium mit veränderten Zuständigkeiten fortbeste-hen. Denkbar sei aber auch, es durch den Haushaltsausschuss zu ersetzen, sagte Kauf-mann. Bis zu einer Neuordnung entscheidet also das Bundestagsplenum in seiner Ge-samtheit über weitere Notmaßnahmen der EFSF – es sei denn, es geht um den Ankauf von Staatsanleihen.

➔ Mehr Informationen zum Urteil des BVerfG unter: www.bundesverfassungsgericht.de

EDITORIAL

Hellas im Rettungsring

VON JÖRG BIALLAS

Nein, ein Rundum-Sorglos-Paket ist die vom Deutschen Bundestag beschlossene Finanzhilfe für Griechenland keineswegs. Niemand weiß verlässlich, ob, wann und mit welchen Konsequenzen die Maßnahmen greifen.

Also doch lieber nichts tun und auf Selbstheilung hoffen? Das wäre so, als würde man einem Ertrinkenden den Rettungsring verweigern und ihn damit trösten, spätestens auf dem Meeressand habe er ja wieder festen Boden unter den Füßen.

Und doch: Ist es dem deutschen Steuerzahler zumutbar zu helfen? Auch wenn die Sorge wächst, dass das Volumen des Hilfsprogramms in keinem vernünftigen Verhältnis zum absehbaren Effekt steht? Hingegen: Wäre der sichere Kollaps einer Volkswirtschaft in der Euro-Zone eine verkraftbare Alternative? Welche Botschaft ginge davon für die Märkte in anderen EU-Staaten mit schwächelnden Staatshaushalten aus? Können wir es uns wirklich leisten, ein strategisch in vielerlei Hinsicht so wichtiges Land an der Schnittstelle zwischen Okzident und Orient fallen zu lassen? Wäre das Image der EU als einer starken Gemeinschaft nicht nachhaltig beschädigt? Wie würden potenzielle Beitrittskandidaten reagieren? Oder die Welt außerhalb Europas?

All diese Fragen haben sich die Parlamentarier im Bundestag wieder und wieder gestellt. Und dann haben sie sich, trotz ebenso zahlreich wie nachvollziehbar formulierter Zweifel, mit einer klaren Mehrheit zu Griechenland bekannt. Damit ist zunächst eine ungeordnete und demzufolge unkalkulierbare Insolvenz des Landes abgewendet.

Vielleicht geht von dem Beschluss aber noch eine weitere, viel wichtigere Botschaft aus: Hört her, schmettert die kräftige deutsche Stimme im europäischen Chor, wir wollen die politische Union vorantreiben! Jeder weiß, dazu gehört ein klares Regelwerk für alle Partner, vor allem aber die Möglichkeit, Verstöße gegen diese Abmachungen spürbar zu ahnden. Auch dafür hat die Gemeinschaft der Staaten die Instrumente vorbereitet.

Heute fällt die Vorstellung noch schwer: Der Rückschlag, den die griechische Miswirtschaft Europa gebracht hat, könnte das EU-Team eines Tages zusammenschweißen. Die Hellenen nehmen jetzt bis zur Genesung auf der Ersatzbank Platz. Aus der Mannschaft fliegen werden sie nicht.

GASTKOMMENTARE

HAT DER FISKALPAKT GENUG BISS?

Enormer Fortschritt

PRO



Timot Szent-Ivanyi DuMont
Redaktionsgemeinschaft

Frägt man Bundestagsabgeordnete oder Landespolitiker nach der deutschen Schuldenbremse, machen nicht wenige von ihnen hinter vorgehaltener Hand ein Geständnis: Als man der neuen Verfassungsvorschrift 2009 zugestimmt habe, sei einem überhaupt nicht klar gewesen, wie streng die Regeln sind und welche Tragweite sie damit haben. Ähnliches könnte bald auch über den europäischen Fiskalpak gesagt werden. Noch klingt das Ganze sehr theoretisch, doch es ist, als gäbe es viele Schlupflöcher. Doch in Europa wird mit dem Pakt ein Paradigmenwechsel eingeleitet, der nach Monaten undenkbar war: Die vereinbarte Festschreibung nationaler Schuldenbremsen ist ein enormer Fortschritt. Regierungen und Parlamente verpflichten sich zum Maßhalten, nicht weil irgend eine Institution in Brüssel das verlangt, sondern weil man selbst eine nachhaltige Finanzpolitik als Grundprinzip des eigenen Wirtschaftens festgelegt hat. Das verschafft dem Fiskalpak eine Legitimität, die die bisherigen europäischen Schuldenregeln nie hatten. Schon allein die Debatten über die nationalen Regeln werden für eine Sensibilität gegenüber dem Thema Schulden sorgen, die es so in vielen EU-Staaten bisher nicht gegeben hat. Dass nationale Schuldenbremsen Voraussetzung dafür sind, Hilfen aus dem Rettungsfonds ESM in Anspruch nehmen zu können, erzeugt zusätzlichen Druck. Unabhängig von der Frage, wie streng er ist, hat der Pakt wichtige Funktionen, die leicht übersehen werden können. Erstens hat er verhindert, dass sich das Krisenmanagement nur noch auf das Gezerre um immer größere Rettungsschirme beschränkt. Und zweitens wurde erreicht, die Finanzmärkte zu beruhigen. Das kann in diesen Tagen gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Verwässerter Inhalt

CONTRA



Jan Hildebrand
»Die Welt«, »Welt am Sonntag«

Im Rekordtempo haben die europäischen Regierungen mit dem Fiskalpak ein Regelwerk geschaffen, das Europa in eine Stabilitätsunion verwandelt soll. Nur drei Monate dauerte es von der ersten Grundsatzvereinbarung im Dezember bis zur Unterzeichnung Anfang März. Eine Demonstration von Handlungsfähigkeit, die sich wohltuend von dem üblichen langwierigen EU-Verhandlungsgebaren unterscheidet. Beim Inhalt bewiesen die Staaten leider weit weniger Disziplin. Selbst die kurze Zeit reichte den Gegnern, um den Fiskalpak zu verwässern. Nicht ohne Grund feixten Diplomaten einiger südeuropäischer Länder anschließend in Brüssel, nun sei der Vertrag immerhin nicht mehr schädlich. Den notorischen Defizitsündern ist es gelungen, eine ganze Reihe von Schlupflöchern in den Fiskalpak einzubauen. So müssen die Schuldenbremsen anders als ursprünglich vorgesehen keinen Verfassungsrang haben. Auch beim Sanktionsmechanismus musste Bundeskanzlerin Angela Merkel zurückschicken: Nicht die klagefreudige EU-Kommission darf einen Staat, der gegen den Pakt verstößt, vor den Europäischen Gerichtshof zitieren, sondern nur andere Länder. Zweifel sind angebracht, ob das funktioniert. Die Erfahrung in der EU lehrt, dass sich die Regierungen immer gegenseitig schonten, wenn es um die Ahndung von Regelbrüchen ging. Was aber nützen die schönsten Vorschriften, wenn Strafen nicht sichergestellt sind? Der Fiskalpak setzt auf Vernunft und guten Willen. Die entscheidende Frage ist folglich, ob die Länder ihn langfristig einhalten werden, auch wenn die Schrecken der akuten Krise vergessen sind. Dass viele Staaten schon vor der Ratifizierung alles unternahmen, um den Vertrag zu entschärfen, stimmt da wenig zuversichtlich.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 4
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Warum soll Griechenland Euro-Mitglied bleiben?

Weil ein Austritt Griechenlands die Probleme nicht löst. Die Vorstellung, wir würden dann weniger zahlen, ist naiv. Ungarn zum Beispiel ist nicht Mitglied der Eurozone, bedroht aber wegen eigener wirtschaftlicher Probleme das Rating des Nachbarn und Euro-Landes Österreichs. Ich glaube auch, dass bei der Euro-Rettung zu oft rein ökonomisch argumentiert wird. Ein Verbleib Griechenlands beim Euro ist eine politische Wertentscheidung. Mit einer Rückkehr Griechenlands zur Drachme würde die Idee der Europäischen Einigung an Kraft verlieren. Und wer meint, dem Land würde es mit einer Abwertungspolitik außerhalb des Euros besser gehen, verschweigt, dass dies eine verlorene Generation mit sich bringen würde.

Bald schon stehen die nächsten Entscheidungen an, zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und die Ratifizierung des Fiskalpakts. Wird Ihre Fraktion im Zweifel wieder der Bundeskanzlerin den Rücken freihalten wie vergangene Woche beim zweiten Hilfspaket für Griechenland?

Wir halten der Kanzlerin nicht den Rücken frei. Wir treiben sie parlamentarisch vor uns her. Wir haben früh Forderungen wie die nach der Finanztransaktionssteuer erhoben, lange bevor die Union das aufgriffen hat. Die Grünen haben die Euro-Rettungspolitik überhaupt erst ins Plenum gezogen. Wir haben 2010 einen Antrag ins Plenum gebracht, weil wir es für richtig hielten, Irland unter den Rettungsschirm EFSF zu holen, öffentlich über diese Frage zu debattieren und nicht im Haushaltsausschuss sondern im Plenum darüber zu entscheiden.

Sie schlagen unter anderem Eurobonds, einen „Marshallplan“ für Griechenland und ein Schuldentilgungsfonds vor: Fürchten Sie nicht, dass mit solchen Instrumenten der Reformeifer in Krisenländern erlahmt?

Das Prinzip „carrot and stick“, also Zuckerbrot und Peitsche, hat sich bei EU-Beitrittsverfahren bewährt. Man muss die Instrumente so ausgestalten, dass sie einen Anreiz bieten und gleichzeitig zu stärkerer Disziplin verpflichten. Die Menschen in Griechenland und anderen Krisenländern haben nichts gegen eine solide Haushaltspolitik. Sie sind auch bereit, Sparmaßnahmen mitzutragen. Sie haben aber Zweifel, ob allein ein hartes Sparprogramm ihr Land voranbringt.

Wie könnte ein Wachstumsprogramm denn aussehen?

Man kann mit den bereits existierenden EU-Strukturmitteln viel in Griechenland erreichen und etwa durch die Förderung über eine Mittelstandsbank kleine und mittlere Unternehmen stützen, die jetzt Schwierigkeiten haben, an Kredite kommen. Man kann in der nächsten mehrjährigen Finanzplanung des EU-Haushaltes andere Akzente setzen und Mittel effizienter einsetzen. Und es muss auch darum gehen, private Investoren zu mobilisieren. Hier gibt es den Vorschlag von EU-Kommission und Europäischer Investitionsbank sogenannte „Project Bonds“ einzurichten, also Anleihen für konkrete nachhaltige Infrastrukturprojekte, deren Risiko durch staatliche Bürgschaften reduziert werden. Nur: Wenn die Politik nicht klarstellt, dass Griechenland Euro-Mitglied bleibt, wird kein Investor auch nur einen Cent im Land investieren. Es ist absurd, Debatten über einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone zu befeuern und dann von Wachstumsstrategien zu sprechen oder wie Wirtschaftsminister Philipp Rösler eine Wirtschaftsdelegation nach Griechenland zu führen.

»Austritt ist keine Lösung«

MANUEL SARRAZIN Der Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone ist eine politische Wertentscheidung, sagt der grüne Europa-Experte



konkrete Ausgestaltung, also auf welche Weise man die EZB einbezieht, gerechter machen könnte und mit weniger Risiko für den Steuerzahler. Durch eine Banklizenz für die Rettungsschirme EFSF und ESM zum Beispiel. Und mit klar definierten politischen Verantwortlichkeiten der Rettungsmaßnahmen. Die EZB hat im Dezember 2011 und erneut vergangene Woche den Finanzinstituten insgesamt eine Billionen Euro an Krediten zur Verfügung gestellt. Das heißt: Sie gibt Banken, darunter auch maroden Banken, spottbillig Kredite, damit diese dann mit deutlichen Zinsgewinnen dieses Geld unter anderem wieder an Staaten verleihen. Der Steuerzahler übernimmt die Risikoabsicherung und er zahlt zugleich die Risikoaufschläge, die der Staat den Banken zahlen muss.

Am vergangenen Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht das sogenannte Neunergremium in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Eine Stärkung des Parlaments oder eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit in der Euro-Krise? Das Gericht hat sich klar in einem entscheidenden Punkt hinter das Neunergremium gestellt, nämlich bei der Frage der Sekundärmarktrückkäufe. Und genau bei diesen Rückkäufen kommt es auf Vertraulichkeit an, kann also auch glaubwürdig argumentiert werden, dass nicht der Bundestag als Ganzes, sondern ein kleineres Gremium seine Berechtigung hat. Genau das hat Karlsruhe ermöglicht. Das Gericht stellt sich mit diesem Urteil hinter den Bundestag und es stützt die Handlungsmöglichkeit des Parlaments bei der Euro-Rettung.

Sind die Mitspracherechte des Bundestages in der Euro-Krise gewährleistet? Die Bundesregierung weigert sich, den ESM als eine Angelegenheit der EU im Sinne von Artikel 23 des Grundgesetzes zu behandeln. Was dazu führt, dass die Abgeordneten am Ende den ESM abknicken sollen, sich während des Beratungsprozesses – im Sinne einer informierten Mitwirkung – aber nicht beteiligen können. Dagegen haben wir als Fraktion in Karlsruhe Klage eingereicht.

Erleben wir den Beginn einer Entwicklung, dass nationale Parlamente einen Teil der Budgethoheit abgeben? Wir werden stärker in bei den Haushalten in Europa kooperieren. Das heißt aber nicht, dass der Bundestag in seinen Rechten beschnitten wird. Eine stärkere Koordination in Europa bedeutet sogar ein Zugehen an Souveränität, weil das einzelne Land Einfluss nehmen kann auf eine Grundlinie vernünftiger und nachhaltiger Haushaltspolitik auch bei seinen Nachbarn. Und deren Haushalte – siehe Griechenland – haben immer Auswirkungen auf den eigenen.

Stichwort „Vereinigte Staaten von Europa“: Ist das für Sie ein Fernziel, ein Nahziel – oder womöglich gar kein Ziel? Diese Krise zeigt, dass das Prinzip des Nationalstaats, der Legitimation von Herrschaft durch eine Nation, zumindest in Europa an seine Grenzen stößt. Eine Aufgabe dieses Prinzips bereits heute würde das Europäische Projekt überfordern. Deshalb habe ich durchaus Sympathie für den Begriff Vereinigte Staaten von Europa, weil er eben nicht eine komplette Aufgabe der Nationen bedeutet. Ich würde sagen: Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein fernerer Schritt auf dem Weg zu einem noch besseren Ziel: dem vereinten Europa. ■

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2008 Mitglied des Bundestages. Er ist europapolitischer Sprecher seiner Fraktion.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Mathematiker: Joachim Spatz



»Wir müssen überall in Europa wegkommen von der Verschuldung und hin zu neuer Solidität bei den Staatsfinanzen.«

Joachim Spatz sitzt seit 2009 im Bundestag und ist ordentliches Mitglied im Europa- und im Verteidigungsausschuss. Er folgte Anfang Februar als Europaspescher seiner Fraktion dem Parteiführer Michael Link, der Staatsminister im Auswärtigen Amt wurde. Worauf kommt es ihm als europapolitischer Sprecher an? „Wir müssen überall in Europa wegkommen von der Verschuldung und hin zu neuer Solidität bei den Staatsfinanzen“, fordert Spatz. Nicht nur bei Griechenland. Ein weiteres großes Thema ist für ihn die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Großraums Europa in den nächsten Jahrzehnten – gegen aufstrebende Groß-

räume wie China, Indien, das südliche Afrika oder das südliche Amerika um Brasilien. Mit 23 Jahren trat Spatz als junger Mathematik- und Informatikstudent an der Universität Würzburg der FDP bei. „Ich war schon in der Schule politisch interessiert und fühlte mich vom liberalen Gedankengut angezogen“, sagt er. Doch zunächst dachte Spatz an eine akademische Karriere: Nach dem Studienabschluss als Diplom-Mathematiker war er wissenschaftlicher Assistent an der Universität Würzburg. Der Einzug in den bayerischen Landtag 1990 unterbrach diesen Lebensweg. Nach Ende des Mandats 1994 ging Spatz dann in die Wirtschaft und machte sich später als Unternehmensberater selbstständig. Seit 1996 sitzt er für die FDP im Würzburger Stadtrat. „Die stete Rückbindung an die Basis ist für einen Bundestagsabgeordneten sehr hilfreich.“ Der unterfränkische FDP-Bezirkschef macht in seiner Heimat vieles im Schulterschluss mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Er gilt als einer der Stützen der bayerischen FDP-Landeschefin, die dem linken Flügel der Partei zugeordnet wird. Joachim Spatz will sich aber nicht irgendwelchen Lagern zuordnen lassen. „Liberalismus ist eine Weltanschauung, die Basis für viele politische Themen sein kann“, sagt er. Der Vorzeigemann der Unterfranken-FDP gilt als Arbeitsliebhaber. Sein Hobby ist Bücherlesen. In Lektüren wie über die „Geometrie der Raumzeit“ mit komplizierten Differentialgleichungen findet der verheiratete Vater eines Sohnes Höhepunkte Entspannung: „Dann bin ich weit weg von der Tagespolitik“, sagt er. *Hans Krump* ■



Staatspleiten gibt es, seit Staaten existieren: Argentinier protestieren 2002 vor dem Parlament in Buenos Aires gegen Entlassungen und Sparmaßnahmen (links). Auch Deutschland war schon pleite: Ein Hundert-Billionen-Mark-Schein von 1924 im Zuge der Hyperinflation

Am Ende zahlen die Bürger

STAATSINSOLVENZEN Pleiten von Ländern kommen immer wieder vor. Auch reiche Nationen sind davor nicht gefeit

Kann Griechenland gerettet werden? Die Zweifel wachsen. Angesichts der jüngsten Rückstufung Griechenlands durch die Rating-Agentur Fitch auf die schlechteste Note vor einem Zahlungsausfall scheint das bis vor kurzem noch Udenkbare immer wahrscheinlicher zu werden – der drohende Staatsbankrott. Die Folgen für die Griechen wären katastrophal, für den Rest der Euro-Zone nur schwer zu kalkulieren. Denn eins zeigt ein Blick in die Staatengeschichte: Staatspleiten kommen öfters vor, als man denkt. Und sie sind zumeist keine singulären Ereignisse. Der Pleite des einen Landes schließt sich zumeist die Zahlungsunfähigkeit anderer Länder sehr schnell an.

Ölpreis-Verfall Schmerzhaft war der Verlust für Zeichner von Staatsanleihen Ugandas in den 80er Jahren. Dort mussten Anleger auf bis zu 90 Prozent der Einlagen verzichten. Auch Käufern russischer Anleihen erging es schlecht. Sie mussten 1998 auf 82 Prozent ihres Geldes verzichten: Russland war pleite – zum fünften Mal in seiner Geschichte. Grund war zum einen der Verfall des Ölpreises 1997. Die Staatseinnahmen brachen wegen sinkender Exporterlöse drastisch ein. Dazu kam die Asienkrise von 1997. Nervöse Anleger hatten befürchtet, die Lage in Russland würde sich ähnlich wie in den wirtschaftlich gebeutelten Ländern Thailand, Malaysia, Indonesien und den Philippinen entwickeln – und zogen ihr Kapital zurück. Parallel dazu hatte die russische Regierung viele kurzfristige Kredite aufgenommen, um Haushaltslücken zu schließen. Schließlich konnte Russland mehr als 40 Milliarden Dollar Schulden nicht mehr begleichen, und die Notenbank musste den Rubel um 71 Prozent abwerten. Die damalige Dollar-Bindung wurde beendet.

Beispiel Russland Russland ist aber auch ein Beispiel dafür, wie schnell es ein Land, das zudem über wertvolle Rohstoffe verfügt, gelingen kann, wieder aus der Krise herauszu kommen, denn das Land erholte sich in der Folge schneller als zunächst erwartet. Grund dafür war einerseits die abwertungsbedingte Verbilligung der inländischen Produktionskosten. Auch steigende Erdöl- und Gaspreise brachten den Rubel schnell wieder nach oben. Und weil die staatliche Finanzpolitik im Unterschied zu den Vorjahren darauf verzichtete, mit den wieder höheren Steuereinnahmen Ausgabenprogramme zu finanzieren, konnten Staatsschulden beglichen und eine weitere Zinsbelastung des Haushaltsbudgets geschmälert werden. Von 2006 an war das Land wieder schuldenfrei.

Insolvenz als Tradition Bei den aktuellen Pleitekandidaten hat die Insolvenz fast schon Tradition: Portugal war sechs- und Spanien achtmal zahlungsunfähig. Und seit 1800 war Griechenland fünfmal pleite. Unterm Strich verbrachten die Griechen damit gut die Hälfte der Zeit seit ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1829 im Stadium der Zahlungsunfähigkeit. Zuletzt 1893. Die entscheidende Rolle damals spielte übrigens das wichtigste Exportprodukt der Griechen: die Korinthen. Zunächst war der Preis für die Weinbeeren stark gestiegen, vor allem weil die französischen Weinberge vom Mehltau befallen waren. Dann kam die Wende: Die Franzosen erhoben Schutzzölle, ihre Weinberge erholten sich – dagegen stürzte der Weltmarktpreis für Korinthen auf ein Sechstel, die Griechen gingen pleite. 1876 musste zudem auch der große Nachbar, das Osmanische Reich, den Staatsbankrott erklären. Bei der Herstellung von Seide und Wolle konnten die Osmanen nicht mehr mit der Massenproduktion der europäischen Textilfabriken mithalten. Zudem verschlang die Bürokratie immer mehr Geld – und Steuererhöhungen erwiesen sich als falscher Weg, weil die Bauern deswegen reihenweise flüchteten und so die Ernten ausfielen.

90 Staatspleiten seit 1880 Die beginnende Industrialisierung ließ die Zahl der Staatsbankrotte dabei nicht zurückgehen. Im Gegenteil: In den vergangenen 200 Jahren konnten allein 237 Länder ihre Gläubiger nicht fristgerecht bedienen. Seit 1980, so hat der Wirtschaftswissenschaftler Charima Reinhart und Kenneth Rogoff dabei zwischen US-Wirtschaftswissenschaftler Charima Reinhart und Kenneth Rogoff dabei zwischen

Griechenland war die Hälfte der Zeit seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1829 zahlungsunfähig.

Argentinienkrise Mit einem Schuldenschnitt von über 53 Prozent für private Gläubiger, die auf mehr als 100 Milliarden Euro verzeichnet, stellt dabei die griechische Schuldenkrise den bis heute größten staatlichen Zahlungsausfall in der Welt dar. Größer noch als die Staatspleite Argentinien im Jahr 2002. Mehr als 100 Milliarden Dollar Anleiheschulden waren damals betroffen, als Übergangspräsident Adolfo Rodríguez Saá am 3. Januar 2002 im Parlament in Buenos Aires die Einstellung der Schuldentilgungen verkündete – unter tosendem Beifall der Abgeordneten. Die Ursache der Argentinienkrise reichte dabei bis 1989 zurück. Der damalige Präsident Carlos Menem hatte den Wechselkurs des heimischen Peso im Verhältnis 1:1 an den Dollar gekoppelt. Das ging so lange gut, bis der Nachbar Brasilien 1999 seinen Real abwertete. Die Folge: Investoren bekamen dort für ihre Dollar weit mehr zu kaufen als in Argentinien, das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den reichsten Ländern der Welt gehört hatte. Die ausländischen Investitionen und die Exporte wurden immer weniger. Daraufhin verschuldete sich die Menem-Regierung im In- und Ausland stark, die heimischen Zinsen stiegen – und die Unternehmen konnten Investitionen nicht mehr finanzieren. Schließlich setzte eine allgemeine Pleitewelle ein.

Währung abgewertet Als der Internationale Währungsfonds sich daraufhin weigerte, einen bereits vereinbarten Kredit vorzuziehen, folgte Ende 2001 ein Ansturm auf die Banken. Die Kunden wollten ihre Einlagen 1:1 in Dollar tauschen, Argentinien konnte seine Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Mit harten, heute noch zu spürenden Folgen für das Land: eine schwere Rezession folgte, die Inflation ging durch die Decke, 27 Prozent der Bevölkerung wurde arbeitslos, 57 Prozent fielen unter die Armutsgrenze. Eine Blaupause für Athen? Vielleicht. Aber anders als Griechenland heute kam Argentinien damals ohne neue Kredite aus der Überschuldung heraus, denn es konnte das machen, was Athen heute in der Eurozone verweigert ist: Die kräftige Abwertung der Landeswährung in den Folgejahren machte die Warenproduktion im Inland wieder konkurrenzfähig. Der Preis hierfür aber war hoch, denn die Gehälter sanken dramatisch.

Der Fall Thailand Für die Gläubiger bedeutet eine Staatspleite in der Regel einen herben



traumatische Verluste von 40 Prozent. Allein zehn Staatspleiten machten die beiden US-Wirtschaftswissenschaftler Charima Reinhart und Kenneth Rogoff dabei zwischen 1800 und 2008 etwa in Venezuela aus. Insgesamt acht Staatspleiten erlebte Mexiko seit seiner Unabhängigkeit 1810/1821. Das letzte Mal musste das Land seinen Schuldendienst vor 29 Jahren einstellen – Finanzminister Jesus Silva-Herzog erklärte im August 1982 den teilweisen Staatsbankrott. Die Mexikaner hatten 80 Milliarden Dollar Auslandsschulden angehäuft.

Englands Schulden Sogar große „etablierte“ europäische Volkswirtschaften wie Frankreich, Italien oder die Niederlande gingen immer mal wieder bankrott. Und selbst eine so „reiche“ Weltmacht wie Großbritannien war nicht vor einer Zahlungsunfähigkeit gefeit: Im „zweiten hundertjährigen Krieg“ zwischen England und Frankreich (1688-1815) um die Hegemonie auf dem Kontinent und die Herrschaft über Indien und Nordamerika wuchsen die britischen Schulden auf sagenhafte 215 Prozent des Volkseinkommens 1815 an. In den Jahren nach dem Sieg über Napoleon erreichte die Verschuldung mit 268 Prozent sogar einen neuen traurigen Höhepunkt. Doch anders als Frankreich gelang es England immer wieder, Zahlungsausfälle zu vermeiden. Nicht zuletzt, weil seine Kriege mit Ausnahme des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges Ende des 18. Jahrhunderts siegreich ausgingen. Zu den Spitzenreitern in der historischen Schuldnerliste gehört Österreich-Ungarn, das mit seinen Nachfolgestaaten neunmal Konkurs anmelden musste. Und auch ein Riesenanland wie China, heute Hauptgläubiger der tief verschuldeten Supermacht Amerika mit dem größten Dollar-Auslandsvormögen, war bereits mehrfach in seiner Geschichte pleite – zuletzt 1921 und 1939.

Trauma in Deutschland Und Deutschland? Rechnet man die Einzelstaaten mit, erlebten die Deutschen in den vergangenen 200 Jahren siebenmal einen Staatsbankrott. Vor allem die Hyperinflation von 1923, bei der es zu Preissteigerungsraten von mehr als 30.000 Prozent pro Monat kam, hat tiefe Spuren im Gedächtnis der Menschen hinterlassen. Noch heute gehört deshalb die Sorge vor einer Geldentwertung zu den größten Ängsten der Bundesbürger. Die Ursachen für diese Währungskatastrophe reichen bis zum Ersten Weltkrieg zurück: Deutschland finanzierte die gewaltigen Kosten durch Kriegsanleihen,

die vor allem die Bürger zeichneten. Die Schuldenlast stieg von fünf Milliarden auf 156 Milliarden Reichsmark. Nach 1918 belasteten die riesigen Reparationszahlungen des Versailler Vertrags die maroden Haushalte zusätzlich und nach der Besetzung des Rheinlands durch die Franzosen im Januar 1923 brachen auch die Steuereinnahmen ein. Auf dem Höhepunkt der Geldentwertung kostete ein Dollar 4,2 Billionen Reichsmark. Viel härter aber machte den Menschen der Verfall ihres Geldes im täglichen Leben zu schaffen: Wer den Wochenlohn ausbezahlt bekam, musste sich mit dem Einkaufsbeilein, um für sein Geld noch etwas zu bekommen. Kunden brachten taschenweise Millionen-scheine in die Geschäfte, denn innerhalb von

»Lektionen neu lernen«

INTERVIEW Experte Hanno Beck über Staatspleiten

Staatspleiten gibt es, seit es Staaten gibt. Was lehrt uns die Historie im Umgang mit überschuldeten Ländern?
Erstens: Jeder Staat kann pleite gehen. Zweitens: Die Ursache ist meistens schlechte Politik. Drittens: Dies ist kein Weltuntergang.

Bemerkenswerterweise bekommen all diese Staaten, von denen viele mehrfach pleite waren, immer wieder Finanziers ...
Wenn jemandem mit schlechter Kreditreputation Geld geliehen wird, wird das Risiko in die Zinsen eingepreist. Staaten sind zudem als Kunden für Finanzinstitute zu groß, als dass sie daran vorbeigehen können. Natürlich hoffen sie immer, dass Politiker aus der Geschichte gelernt haben. Das gilt aber oft nur für die aktuelle Politikergeneration. Psychologisch könnte man sogar sagen: Man braucht gelegentlich Staatspleiten, um Politiker, Kapitalmärkte und Bürger daran zu erinnern, dass so etwas möglich ist.

Warum kommt es zu Staatspleiten?
Erste Ursache sind Kriege. Dann kommt die Verschwendungssucht der Politiker. Früher baute man viele Schlösser, heute stellt man Beamte ein – das kleine Griechenland hat pro Kopf deutlich mehr Staatsdiener als Deutschland. Auch Sozialausgaben können Staatsschulden treiben. Diese sollten aus laufenden Einnahmen finanziert werden. Verschuldet man sich für eher unproduktive Zwecke, ist die Gefahr groß, dass dies in einer problematischen Schuldenlast endet.

Gerade in demokratischen Staaten, wo Wählern immer viel versprochen wird, propagieren Politiker Sozialpolitik. Kann man da ohne Verschuldung auskommen?
Das kann in einem reichen Land funktionieren, das über viele Rohstoffvorräte verfügt. Ein Beispiel dafür ist aktuell Norwegen mit seinen Ölvorkommen in der Nordsee.

Zurück zu Griechenland: Ist hier nicht eine offene Staatsinsolvenz geboten?
Das wäre schon 2010 der richtige Weg gewesen. Griechenland pleite gehen zu lassen und dann Banken zu retten, ist billiger als Griechenland zu retten.

Stunden konnten sich die Preise für eine Tasse Kaffee oder ein Brot verdoppeln. Nur ein radikaler Währungsschnitt konnte noch helfen. Der kam im November 1923 mit der Rentenmark, die die alte Reichsmark ersetzte. Damit war vor allem der Staat seine Schulden über Nacht los. Hauptverlierer waren die Besitzer von Geldvermögen. Millionen Bürger aus der Mittelschicht verloren die Ersparnisse vieler Jahre. Inflationsszenarien sind auch heute wieder denkbar. Länder, die wie Japan vorwiegend bei den eigenen Bürgern oder wie die USA in der eigenen Währung verschuldet sind, könnten versucht sein, den Bankrott durch Anwerfen der Notenpresse abzuwenden. Die US-Notenbank hat dies jedenfalls wiederholt getan.

Christoph Birnbaum



Professor Hanno Beck lehrt Volkswirtschaft an der Hochschule Pforzheim. Er ist Co-Autor des Buches „Abgebrannt“.

Aber gerät dadurch nicht die Euro-Zone in Gefahr?
Erstens muss man nach der relevanten Alternative fragen – eine auf Dauer angelegte Transferunion mit Budgetvorschriften ist ein politischer Sprengsatz, und zwar in Deutschland ebenso wie in Griechenland, wo man Frau Merkel bereits mit Nazi-Uniform abdruckt. Zweitens ist eine kontrollierte Staatspleite allemal billiger als eine permanente Konkursverschleppung. Zudem ist die Drohung eines möglichen Konkurses ein Disziplinierungsinstrument für potentielle Griechenlandnachahmer.

Auch Deutschland war zweimal im 20. Jahrhundert pleite. Die aktuelle Verschuldung liegt mit 83 Prozent deutlich über den Maastricht-Kriterien. Kann unser Land wieder pleite gehen?
Das ist für kein Land auszuschließen. Zu den offiziellen Staatsschulden kommt noch die versteckte Staatsschuld. Die liegt mit den Zusagen bei Pensionen, Renten und anderen Sozialsystemen zwischen 250 und 300 Prozent, Ab 90 Prozent Staatsverschuldung werden die Dinge unvorhersehbar. Da muss man immer mit dem Schlimmsten rechnen.

Die Fragen stellte Hans Krump.

Care-Pakete für Hellas

GRIECHENLAND Der Bundestag hat den Weg für das zweite Hilfspaket freigemacht. Eine Pleite des Krisenlandes würde deutlich teurer werden – darin sind sich Koalition und Opposition einig.



Das zweite Griechenland-Hilfspaket besteht aus mehreren Krediten, die quartalsweise ausgezahlt werden sollen – wenn sich Athen an die Sparauflagen hält.

Mehrheit ist Mehrheit – so einfach wollte es die Opposition Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht machen: Zwar billigte der Bundestag in einer Sondersitzung am vergangenen Montag mit breiter Mehrheit von 496 Stimmen das nunmehr zweite Hilfspaket für Griechenland – unter anderem mit den Stimmen von SPD und Grünen. Doch zur symbolischen Kanzlermehrheit von 311 Stimmen aus dem Koalitionslager reichte es nicht: 20 Abgeordnete aus Union und FDP stimmten gegen den Antrag der Bundesregierung (17/8730) oder enthielten sich, weitere waren – unter anderem krankheitsbedingt – nicht zur Abstimmung erschienen. Vertreter der Opposition sprachen daraufhin bereits von „Kanzlerdämmerung“ und einer Erosion der schwarz-gelben Bundesregierung. Dabei hatten auch sie in der Debatte Zweifel angemeldet, ob der 130 Milliarden Euro schwere Kredit, an dem sich Deutschland beteiligen soll, der Weisheit letzter Schluss ist. Selbst Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wollte im Vorfeld nicht ausschließen, dass das überschuldete Griechenland den Bundestag zum letzten Male beschäftigen wird. Sein Vorgänger, der SPD-Abgeordnete Peer Steinbrück, brachte auf den Punkt, was wohl auch mancher Abgeordneter der Koalition im Stillen denken mochte: „Es wird teurer, als es uns die Bundesregierung weismachen will“, sagte Steinbrück. Dass Deutschland dennoch aus ureigenem Interesse helfen müsse, daran ließ die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung keinen Zweifel. „Niemand kann abschätzen, welche Konsequenzen eine immer noch un-

geordnete Insolvenz Griechenlands für uns alle und damit auch für die Menschen in Deutschland hätte“, sagte Merkel und betonte, dass die „Chancen, die in dem neuen Programm liegen, seine Risiken überwiegen“.

Risiken und Abenteuer Sie trat damit auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) entgegen, der Griechenland in einem Interview den freiwilligen Euro-Austritt nahegelegt hatte. Als Kanzlerin müsse sie zwar zuweilen Risiken eingehen, aber „Abenteuer darf ich nicht eingehen, das verbietet mein Amtseid“. Merkel betonte, dass die Auszahlung des zweiten Hilfspakets für Griechenland bis 2014 in Tranchen „und immer vorbehaltlich der Erfüllung“ der an Griechenland gestellten Auflagen erfolge. Das Land müsse seinen Staatsapparat grundlegend modernisieren, umfassende Strukturformen vornehmen und abgeschottete Märkte öffnen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Außerdem werde Griechenland ein Sonderkonto für den Schuldendienst einrichten. „Europa scheitert, wenn der Euro scheitert; Europa gewinnt, wenn der Euro gewinnt“, sagte Merkel und bekräftigte das Ziel, dass Europa stärker aus der Krise herausgehen solle als es in sie hineingegangen sei. Peer Steinbrück sah das Hilfspaket „auf sehr dünnem Eis gesetzt“. Weder stehe der Anteil des Internationalen Währungsfonds fest, noch sei der geplante Verzicht privater Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen in trockenen Tüchern. An das Ziel, Griechenlands Schuldenstand von heute 160 Prozent auf 120,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2020 zu senken, glaube nicht einmal die Troika aus EU, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank.

„Griechenland wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, sich eigenes Geld auf den Kapitalmärkten zu beschaffen“, sagte Steinbrück und prophezeite, dass sich der Bundestag schon bald mit einem dritten Hilfspaket auseinandersetzen werde. Die Bundeskanzlerin habe mit ihrem „Krisenmanagement des Zu Spät, Zu wenig und vor allen Dingen Zu ungefähr“ die griechische Tragödie unterschätzt, sagte Steinbrück und ergänzte: „Mit einem reinen Sparpaket und allein mit Dauerschrauben wird dieses Land nicht wieder Wind unter die Flügel bekommen.“

Präsidentialer Briefwechsel

Die Worte des griechischen Finanzministers haben für Aufmerksamkeit gesorgt: Evangelos Venizelos drohte Ende Februar, die Namen griechischer Abgeordneter öffentlich zu machen, die größere private Geldsummen ins Ausland überwiesen haben sollen. Die Volksvertreter sollten mit gutem Beispiel vorangehen und ihr Geld zurückholen. Das sieht der deutsche Bundestagspräsident ganz ähnlich: In einem Brief an seinen griechischen Amtskollegen Philippos Petralinos (l.) unterstrich Norbert Lammert (r.) vergangene Woche, dass insbesondere der Bundestag die Kraftanstrengungen Griechenlands in der Krise mit Respekt zur Kenntnis nehmen würde. An diesen sollten sich gerade Inhaber politischer Ämter beispielhaft beteiligen, schrieb Lammert und bat Petralinos um Hinweise, um die durch Venizelos' Worte verursachten Irritationen auszuräumen zu können. Die Antwort Petralinos: Die Abgeordneten müssten jährlich eine Vermögenserklärung vorlegen, die nach Prüfung vom zuständigen Ausschuss veröffentlicht würden. Bisherige Prüfungen hätten keine namhaften Überweisungen ergeben. Für Schlagzeilen habe aber der Fall eines mit einer Abgeordneten verheirateten Unternehmers gesorgt. Der Mann hatte eine Überweisung ins Ausland veranlasst – über eine Million Dollar.

Rainer Brüderle warf der Opposition vor, sie wolle „die Probleme mit Geld zuschütten“. Dabei könne man in Griechenland „den schuldenfinanzierten Wohlstandstaat in seiner ganzen Pracht besichtigen“, sagte der FDP-Fraktionschef. Ein Viertel aller Arbeitnehmer seien im öffentlichen Dienst beschäftigt, die Löhne orientierten sich „an allem, aber nicht an der Produktivität“, es gebe Staatsmonopole, aber kaum Wettbewerb. Die Opposition wolle die Vermögenshaftung von Schulden, Griechenland brauche jedoch ein „Abbauprogramm für die Schul-

den und ein Aufbauprogramm für seine Wettbewerbsfähigkeit“, sagte Brüderle. Der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, warf der Koalition vor, sie schnüre erneut ein Paket „ausschließlich für Banken, Vermögensanleger und Hedgefonds“ – und dies auf Kosten der Steuerzahler. Sie spreche von einer „Staatschuldenkrise“, dabei seien die Staatsschulden nicht zuletzt durch die Stützung von Banken in der internationalen Finanzkrise aus dem Ruder gelaufen. Im Übrigen seien Euro-Bonds durch den Kauf von griechischen Anleihen durch die Europäische Zentralbank längst Realität. Ein Minuswachstum, wachsende Arbeitslosigkeit, weniger Steuereinnahmen – dies sei Ergebnis der „verheerenden und rigorosen Kürzungs politik“ in Griechenland, sagte Gysi und verstieg sich zu einem Vergleich, der im Plenum für Kopfschütteln sorgte: „Sie machen bei Griechenland Versailles. Die Griechen brauchen aber Marshall.“

Rettung im eigenen Interesse Volker Kauder erinnerte daran, dass es auch für die Opposition eine „Frage der Verantwortung“ sei, „zum Euro und zu unserem Land zu stehen“. Der Unionsfraktionschef räumte ein, dass es auch in den eigenen Reihen Zweifel an weiteren Krediten gebe. Die Risiken seien aber zu hoch, wenn man das zweite Paket nicht auf den Weg bringe. „Es liegt in unserem ureigenen nationalen Interesse“, betonte Kauder. „Wir wollen den Griechen Chancen geben, dass sie wieder auf die eigenen Füße kommen“, sagte er und brachte eine flexiblere Nutzung von EU-Strukturfonds ins Spiel: „Das ist eine Form von Marshall-Plan, die wir für richtig halten würden.“

Renate Künast warf der Bundeskanzlerin „Zaudern und Zögern“ vor. Sie lasse sich „Madame Non“ nennen, halte Handtasche und Portemonnaie wie die eiserne Lady fest und sage de facto: „Wir geben nichts“. Ein „knallhartes Sparen“ allein jedoch helfe nicht, sagte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Damit Griechenland kein Fass ohne Boden werde, müsse man jetzt mit einem „europäischen Investitionsprogramm“ einen Boden einziehen, sagte sie und warb für die Finanztransaktionssteuer. Genau diese Steuer könne helfen, die von den Finanzmärkten angerichteten Schäden zu beseitigen. Alexander Heinrich

KOMPAKT

> Hilfspaket Die Euro-Finanzminister haben sich Ende Februar auf einen 130 Milliarden Euro-Kredit für Griechenland verständigt. 100 Milliarden Euro davon sind öffentliche Hilfen, 30 Milliarden Garantien für neue Anleihen privater Gläubiger.

> Schuldenschnitt Private Gläubiger sollen auf 53,3 Prozent ihrer Forderungen verzichten, das entspricht etwa 107 Milliarden Euro.

> Auflagen Athen muss den Schuldenstand von derzeit 160 Prozent des BIP auf 120,5 Prozent im Jahre 2020 drücken. Dafür sollen Renten und Mindestlöhne gekürzt, das Steuersystem reformiert, streng regulierte Märkte geöffnet und ein Sperrkonto für den Schuldendienst eingerichtet werden.

Zünglein an der Waage

IRLAND Regierung kündigt Referendum zum Fiskalpakt an

Die Iren werden über den Fiskalvertrag in einem Referendum abstimmen. Das gaben Premierminister Enda Kenny und Außenminister Eamon Gilmore vergangene Woche bekannt. Ein Termin für das Referendum stehe noch nicht fest, sagte ein Regierungssprecher in Dublin. Kenny sagte, er sei zuversichtlich, dass die Iren dem Fiskalvertrag zustimmen werden. „Mit diesem Referendum kann das irische Volk bestätigen, dass wir verantwortungsvoller Haushaltsführung verpflichtet sind“, erklärte der Premier. Mit dem Votum könnten die Iren außerdem sicherstellen, dass das „rücksichtslose wirtschaftliche Missmanagement“, das das 4,5-Millionen-Einwohner-Land an den Rand des Bankrotts geführt habe, von keiner künftigen Regierung wiederholt werden könne. Irland war nach einer schweren Bankenkrise Ende 2010 als erstes Land unter den Rettungsschirm von EU und Internationalem Währungsfonds geschlüpft und hatte in die-

sem Rahmen Kreditzusagen in Höhe von knapp 70 Milliarden Euro erhalten. Zuletzt war die Volkswirtschaft auf dem Weg der Erholung. Die Neuverschuldung betrug 2011 nur noch rund zehn Prozent im Vergleich zu mehr als 30 Prozent im Jahr 2010. Die Arbeitslosenquote ist mit 14,2 Prozent aber noch immer sehr hoch. Im laufenden Jahr soll das Defizit auf 8,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sinken. Irlands Verfassung sieht vor, dass Entscheidungen von nationaler Bedeutung vom Volk getroffen werden müssen. 2008 hatten die Iren mehrheitlich gegen den EU-Vertrag von Lissabon gestimmt, um ein Jahr später, von der Bankenkrise bereits angeschlagen, bei einem zweiten Referendum doch noch für den Vertrag zu votieren. Auch der Vertrag von Nizza war im Jahr 2001 im ersten Anlauf gescheitert – und gut ein Jahr später im Oktober 2002 dann doch noch angenommen worden. dpala/he

Belgrad wird Kandidat

SERBIEN EU-Gipfel macht den Weg für Beitrittsverfahren frei

Nach jahrelangem Warten ist der Weg frei für Beitrittsverhandlungen zwischen Serbien und der EU. Beim EU-Gipfel in Brüssel einigten sich die Staats- und Regierungschefs vergangene Woche darauf, dem Land den Status als EU-Beitrittskandidat zu verleihen. Kurz vor dem Gipfel hatte Rumänien seine Blockade gegenüber einer Annäherung des Nachbarlandes an die EU aufgehoben. In letzter Minute hatten sich Belgrad und Bukarest über den Schutz der rumänischsprachigen walachischen Minderheit in Serbien verständigt. Am Donnerstag hatte der Bundestag – vor dem Brüsseler Gipfel – einen Antrag der SPD-Fraktion (17/8763) abgelehnt. In ihm forderten die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für Serbien als Beitrittskandidaten stark zu machen. Das Land habe „deutliche Fortschritte“ bei notwendigen Reformen erzielt, wengleich es

weiterhin konstruktiv am Abbau der nach wie vor bestehenden Spannungen mit dem Kosovo arbeiten müsse, schrieb die Fraktion. Die Entscheidung in Brüssel habe Einfluss auch darauf, ob Kräfte in Serbien die Oberhand gewinnen, die das Land auf einen rückwärtsgewandten Pfad lenken könnten. Als eigentlicher Stolperstein für den Kandidatenstatus galt lange der Konflikt zwischen Serbien und der abgefallenen Provinz Kosovo. Nach der Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008, kam es immer wieder zu teils gewaltsamen Zwischenfällen an der kosovarisch-serbischen Grenze. Bei Gesprächen Ende Februar hatten sich die beiden Gegner über gemeinsame Grenzkontrollen und das Auftreten des Kosovos bei regionalen Konferenzen geeinigt. „Das war ein Wendepunkt auf dem Weg in Richtung EU“, sagte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton damals. dpalahel/bob

Brüssel will sich Straßburg noch nicht beugen

EUROPARAT Vor allem Großbritannien wehrt sich gegen die geplante Unterwerfung der EU unter die Rechtsprechung des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofs

Internetaktivisten versuchen, die EU vor dem Menschenrechtsgerichtshof zur Annullierung des Acta-Abkommens über Urheberrecht im Web zu zwingen. Datenschützer wehren sich vor den Europaratrichtern gegen die von Brüssel den EU-Ländern angezwungene Vorratsdatenspeicherung. Bürgerrechtler wollen in Straßburg den Swift-Vertrag über die Weitergabe von Bankdaten der EU-Bürger an US-Geheimdienste zu Fall bringen. Solche Spektakel vor der höchsten juristischen Instanz auf dem Kontinent schienen vor zwei Jahren bereits in Reichweite. Im Sommer 2010 starteten Brüssel und Straßburg Verhandlungen über den Beitritt der EU zur Menschenrechtscharta des Europarats, womit sich Brüssel der Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs unterwerfen würde. Bisher können die Bewohner der 47 Europaratländer in Straßburg klagen,

wenn die nationale Gesetzgebung und Rechtspraxis in ihrer Heimat Grundrechte verletzen. So darf etwa ein deutscher Sicherheitsverwahrter die Europaratrichter gegen Bundestag und Regierung anrufen. Für Bürger der 27 EU-Staaten, die gegen Brüssel zu Felde ziehen wollen, endet der Rechtsweg indes beim EU-Gerichtshof in Luxemburg.

Straßburger Machtzuwachs Schien es 2010 nur noch um praktische Fragen zu gehen, so ist das ehrgeizige Projekt inzwischen ins Stocken geraten. Kerstin Lundgren, beim Europaratparlament für dieses Thema zuständig, und Barbara Lochbihler als Chefin des Menschenrechtsausschusses in der EU-Volkvertretung werfen vor allem Großbritannien vor, „politische Hindernisse“ aufzubauen und die Einbindung Brüssels ins Straßburger Rechtssystem „stören“

zu wollen. Die schwedische Liberale und die deutsche Grüne warnen vor einem „Scheitern“ des Projekts. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Strässer sieht hinter den Bremsmanövern das Bemühen, einen Straßburger Machtzuwachs auf Kosten der EU-Souveränität zu verhindern. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Europaratparlament: „Das kann ein ernsthaftes politisches Problem werden.“ Gut möglich, dass die Regierungen auf höchster Ebene gefordert sind, um die EU-Unterschrift unter die Charta doch noch in trockene Tücher zu bringen. In einem Vertragsentwurf vom Sommer 2011 waren viele praktische Details eines EU-Beitritts zur Charta bereits geregelt worden. So soll auch Brüssel einen Richter zum Menschenrechtsgerichtshof schicken. Dessen Mitglieder werden vom Europaratpar-

lament ernannt, und bei diesen Wahlen würde eine Delegation der EU-Volkvertretung mitentscheiden. Im Ministerkomitee

des Europarats wäre Brüssel ebenfalls mit einem Vertreter präsent, der mitreden könnte, wenn es sich um Belange des Gerichts-



Internetaktivisten, wie hier Anhänger der Piraten-Partei, demonstrieren gegen das Acta-Abkommen.

hofs dreht. Doch für manche Länder hat Straßburg schon jetzt zu viel Macht. So ärgert sich Moskau, dass Russland häufig verurteilt wird, etwa wegen des Vorgehens in Tschetschenien. Wütend ist aber besonders London, wo man sich weigert, gemäß einer Entscheidung der Europaratrichter Häftlingen das Wahlrecht zuzuerkennen. Sauer sind die Briten auch, weil Straßburg die Abschiebung eines Al-Qaida-Mannes nach Jordanien verhindert. David Cameron versucht, die Kompetenz des Gerichtshofs zu beschneiden: Der soll sich, fordert der Premier, auf „schwerste Menschenrechtsverletzungen“ beschränken und die nationale Rechtsprechung nicht mehr umfassend überprüfen. Zu einer Reduzierung des Straßburger Einflusses würde ein Machtzuwachs des Gerichtshofs als Folge des EU-Beitritts zur Menschenrechtscharta natürlich nicht passen. Karl-Otto Sattler



Ein BKA-Beamter trägt im Fall der Neonazi-Zelle Material aus dem Haus eines Beschuldigten (r.). Künftig sollen die Sicherheitsbehörden untereinander ihre Informationen über Rechtsextreme (l.) leichter zugänglich machen.

Länder sollen Akten öffnen

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS Zur Aufklärung der mutmaßlich vom Trio des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu verantwortenden Mordserie verlangen die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und des Thüringer Landtags von den Innenministern der Länder die umfassende Herausgabe entsprechender Akten. Man wolle diese Forderung in einem gemeinsamen Brief an die Innenministerkonferenz untermauern, sagten die Vorsitzenden Sebastian Edathy und Dorothea Marx (beide SPD) vergangene Woche nach einem Treffen beider Gremien. „Wir haben einen Anspruch auf Amtshilfe“, betonte der Bundestagsabgeordnete Edathy. Grünen-Obmann Wolfgang Wieland kündigte an, die Einsicht in die Unterlagen „notfalls einzuklagen“. Die Ausschüsse wollen eng kooperieren. Man werde „Arm in Arm vorgehen“, sagte Marx, und „an einem Strang ziehen“ (Edathy). Erwogen werden ein gegenseitiges Besuchsrecht und wechselseitige Einsicht in Protokolle. Auch thematisch stimmt man sich ab: Der Bundestag prüft zuerst die Mordserie zwischen 2000 und 2007, die Thüringer widmen sich zunächst den 1990er Jahren. Anders als der Berliner Ausschuss will das Erfurter Gremium das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe vernehmen. Edathy hatte unlängst eine Vorladung abgelehnt. Man wolle keine „Show-Veranstaltung“, da Zschäpe die Aussage verweigern werde. *Karl-Otto Sattler*

»Infamer Angriff« auf BKA

INNAUSSCHUSS Im Innenausschuss hat das Bundesinnenministerium einen Zeitungsbericht über eine angebliche Vernichtung von Beweismitteln durch das Bundeskriminalamt (BKA) im Fall der Neonazi-Mordserie entschieden zurückgewiesen. Die in dem Bericht enthaltenen Behauptungen seien nicht zutreffend, sagte ein Vertreter des Ministeriums vergangene Woche im Ausschuss und sprach von einem „infamen Angriff gegen das BKA“.

Die „Bild am Sonntag“ hatte berichtet, das BKA habe im Rahmen der Ermittlungen zu der Mordserie Daten eines sichergestellten Mobiltelefons eines Beschuldigten löschen lassen und die ausgewerteten Daten nicht in das Ermittlungsverfahren eingebracht. Dazu betonte der Ministeriumsvertreter, es sei kein Beweismittel verloren gegangen. Die Löschung sei rechtmäßig gewesen und habe ein Standardverfahren dargestellt. Auch stimme es nicht, dass es keinen Eintrag in den Ermittlungsakten gebe.

Wie der Ministeriumsvertreter erläuterte, wurden die Daten durch die Bundespolizei im Beisein einer BKA-Vertreterin ausgelesen und dann dem BKA übergeben. Nach seinen Worten sollte die Bundespolizei die Daten löschen, nachdem das BKA signalisiert hatte, die Daten einwandfrei gespeichert zu haben. Diese Forderung sei auch mit dem Generalbundesanwalt abgestimmt. Es handle sich um einen „ganz normalen Amtshilfeprozess“. Auch gebe es noch keinen abschließenden Auswertungsbericht, sondern nur einen vorläufigen, der üblicherweise nicht zu den Ermittlungsakten des Generalbundesanwalts gegeben werde. Nachgegangen sei man auch dem Gericht, das BKA wolle Informanten im Umfeld der Neonazi-Zelle schützen wollen. Dies habe sich nicht bestätigt. *sto*

Mehr Wissen über Neonazis

RECHTSEXTREMISMUS Eine Verbunddatei soll die Bekämpfung der braunen Szene verbessern

Zwei kurze Meldungen vom vergangenen Donnerstag: „Der Bund türkisch-europäischer Unternehmer in Hannover hat einen Drohbrief von Rechtsextremisten erhalten. Das achtseitige Schreiben (...) enthalte fremdenfeindliches, rassistisches und islamfeindliches Gedankengut, sagte die Sprecherin des niedersächsischen Verfassungsschutzes.“ Zweite Meldung: In Berlin „hat ein Unbekannter am Donnerstag eine 23-Jährige fremdenfeindlich attackiert. Laut Polizei hatte er die türkischstämmige Deutsche gegen 12.50 Uhr in einem Bus (...) beschimpft. Als beide (...) ausstiegen, schlug er ihr gegen den Arm und in den Bauch. Der Täter flüchtete.“ Solche Kurznachrichten mag Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Sinn gehabt haben, als sie auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt von schnell vergessenen Randnotizen sprach (siehe Beitrag unten). Kurz vor dem Übergang in Berlin warf der SPD-Innenexperte Michael Hartmann im Bundestag die Frage auf, ob sich nicht viele in Deutschland zu sehr daran gewöhnt haben, „dass überall in unserer Republik praktisch an jedem Wochenende Skinheads in Springerstiefeln marschieren“, dass Jugend-

zentren bedroht werden oder „dass bei nahezu jedem größeren Fußballspiel irgendwo der Hitlergruß gezeigt wird oder nazistische Parolen gegrölt werden“. Und sein Grünen-Kollege Wolfgang Wieland betonte, eigentlich brauche man „so etwas wie einen Masterplan, wie wir tatsächlich Gelände zurückgewinnen, wie wir das, was Nazis in unserem Land erobert haben, aufrollen“.

Rund vier Monate nach Aufdeckung der Neonazi-Mordserie ging es in der Debatte um einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Schaffung einer Verbunddatei von Polizei und Nachrichtendiensten

(17/8672), mit der die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland verbessert werden soll. Man könne heute die Mord nicht ungeschehen machen, aber aufklären und dafür zu sorgen, „dass Ähnliches in der Zukunft nicht wieder passiert“, begründete Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) in der ersten Lesung des Entwurfs das Vorhaben. Wichtig sei, rechts-extremistische Strukturen rechtzeitig zu erkennen und diejenigen identifizieren zu können, „die Angst und Schrecken verbreiten“, betonte der Ressortchef.

Voraussetzung dafür sei, dass man den Informationsaustausch zwischen den Behörden verbessere, fügte Friedrich hinzu. In der Datei werde man alle Daten über gewaltbezogenen Rechtsextremismus speichern. Dazu zählten alle Bestrebungen, Demokratie und Menschenwürde anzugreifen, und die vor Gewalt nicht zurückschrecken.

NPD-Verbot gefordert Hartmann sagte, mit der neuen Datei gestehe man auch ein, dass vorhandene Informationen „nicht in einer geeigneten Weise immer und regelmäßig zusammengeführt“ worden seien. Er forderte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die NPD zu verbieten. Dabei könne die Verbunddatei helfen, genau zu belegen, dass die NPD „gegen die Menschenwürde“ agiere. Der FDP-Abgeordnete Hartfried Wolf erwiderte, die NPD sei eine verfassungsfeindliche Partei, doch lägen die Hürden für ein Parteiverbot sehr hoch. Hier sei „vorsichtiges Handeln gefragt“. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), ergänzte, sollte ein erneutes NPD-Verbotsverfahren beschlossen werden, dürfe es „unter keinen Umständen scheitern“. Für die Linksfraktion forderte ihre Abgeordnete Ulla Jelpke, die V-Leute abzubauen, um den Weg für ein NPD-Verbot frei zu machen.

Wolf plädierte zudem für eine Neuorganisation der Sicherheitsbehörden. Zwar habe der Untersuchungsausschuss des Bundestages zu der Mordserie seine Tätigkeit erst auf-

genommen, doch zeichne sich bereits ab, dass die Arbeit der Sicherheitsbehörden zwischen den Ländern sowie zwischen Ländern und Bund besser verzahnt werden müsse. Die neue Verbunddatei sei hilfreich, mache aber „notwendige Strukturformen der Sicherheitsbehörden nicht obsolet“. Bosbach mahnte, es sei „unbedingt notwendig“, dass Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten und sich abstimmen.

Linke gegen Datei Jelpke sprach sich entschieden gegen die Verbunddatei aus. Mit dem Gesetz solle man einer Ausweitung der Kompetenzen der Sicherheitsbehörden zustimmen, ohne dass deren „zweifelhafte Rolle gegenüber den Nazi-Terroristen des NSU aufgeklärt“ worden sei. Sie warnte vor einer „Ausweitung der bisher auf den sogenannten islamistischen Terror beschränkten Datei zuerst auf den Rechtsextremismus, um dann weiter zu einer umfassenden Verdächtigen- und Gesinnungsdatei zu kommen, in der Polizei und Geheimdienste nach Belieben schnüffeln können“. Diesen „Tendenzen einer undemokratischen Zentralisierung“ und „Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten“ werde mit einer solchen Verbunddatei Vorschub geleistet. Wieland hielt dagegen Jelpke vor, ein „Modell“, bei dem erst der Untersuchungsausschuss untersuchen solle und dann nach anderthalb Jahren ergebnislos nach Änderungsbedarf geschaut werde, sei nicht sein Modell. Er sei „guter Dinge“, dass die Mor-

de aufgeklärt und die Täter bestraft werden. Das BKA, das „gut und energisch“ arbeite, sei für ihn nicht wie für Jelpke „irgendein Repressionsorgan, das da durch die Lande schnüffelt“, betonte Wieland. Bosbach nannte es an Jelpke gewandt „plemplem, hier ständig den Eindruck zu erwecken, als sei diese Bundesrepublik Deutschland ein Schnüffel- und Überwachungsstaat“. *Helmut Stoltenberg*

»KOMPAKT

»Verbunddatei Mit der „gemeinsamen standardisierten zentralen Datei“ soll der Informationsaustausch zwischen Bundeskriminalamt (BKA), Landeskriminalämtern, Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern sowie Militärischem Abschirmdienst (MAD) bei der Bekämpfung des „gewaltbezogenen Rechtsextremismus“ intensiviert werden.

»Abwehrzentrum Bereits seit Dezember 2011 arbeitet das „Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus“, in dem BKA, Landeskriminalämter, Bundespolizei, Generalbundesanwalt und Europol sowie die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern und der MAD vertreten sind. Auch eine Einbindung des Bundesnachrichtendienstes ist möglich.

Kleine Kerze Hoffnung

GEDENKEN Gemeinsam mit Angehörigen der Ermordeten würdigten die Spitzen des Staates die Opfer des Rechtsterrorismus

Zehn Kerzen sind es. Zehn Kerzen für zehn ausgelöschtes Leben. Eine davon für Halit Yozgat. Er war 21 Jahre alt, als er in seinem Internetcafé in Kassel erschossen wurde. Ermordet, weil er Deutschtürke war. Fast sechs Jahre später erhebt ein Mann mit schütterem Haar und Schnurbart die Stimme. Er ist Halits Vater, sagt er. Es ist Donnerstag, der 23. Februar 2012. Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremster Gewalt im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt. Eingeladen haben alle Verfassungsorgane. Anlass sind die im vergangenen Herbst aufgedeckten zehn Morde einer Neonazi-Zelle an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft und an einer Polizistin. An diesem Donnerstag ist der Himmel grau, auf den Straßen schimmern Pfützen, die Flaggen stehen auf Halbmast. Drinnen schweigen rund 1.200 Menschen: Angehörige der Opfer, Bundestagsabgeordnete, Länder-Vertreter, Ehrenamtliche aus Initiativen gegen fremdenfeindliche Gewalt, Schulklassen und Sportvereine, die sich um die Integration verdient machen.

(beide CDU). Zu wichtig ist ihm seine Botschaft. Er wolle keine finanzielle Unterstützung sagt er. Stattdessen habe seine Familie drei Wünsche: dass die Schuldigen gefasst werden, dass die Straße, in der sein Sohn geboren und ermordet wurde, in Halitstraße umbenannt wird und dass im Namen aller zehn Opfer eine Stiftung für Krebskranke ins Leben gerufen wird. Dann drückt Ismail Yozgat sein Vertrauen aus. Vertrauen in die deutsche Justiz, in das Land, das ihn zuvor enttäuscht hat. Und das sich an diesem Tag entschuldigt: Es sei beklammert, dass einige Angehörige der Mordopfer jahrelang selbst zu Unrecht unter Verdacht gestanden haben, sagt Merkel auf der Veranstaltung. „Dafür bitte ich Sie um Verzeihung.“

»Schande für unser Land Zuvor gedenkt sie namentlich jedes einzelnen Opfers. Die Morde seien „eine Schande für unser Land“, betont die Kanzlerin und erinnert an alle anderen Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Für sie steht eine elfte Kerze. Dann ruft Merkel alle Bürger der Bundesrepublik auf, entschieden gegen Intoleranz und Rassismus einzutreten. Dabei müsse der Kampf gegen Vorurteile, Verachtung und Ausgrenzung täglich geführt werden, in Elternhäusern, in der Nachbarschaft, in Schulen, Gemeinden und Betrieben. Gefährlich seien nicht nur Extremisten, sondern auch

diejenigen, die Vorurteile schüren und ein Klima der Verachtung erzeugen. „Aus Worten können Taten werden“, warnt Merkel. Allein mit staatlichen Mitteln ließen sich Hass und Gewalt nicht begegnen, fügt sie hinzu. Vielmehr brauche man auch „Bürger, die nicht wegsehen, sondern hinsehen“. Oft genug nehme man rechtsextreme Vorfälle nur „als Randnotiz“ wahr, vergesse zu schnell und verdränge, „was mitten unter uns geschieht“. Dies geschehe auch aus



Gamze Kubaşık und Semiya Şimşek (r.)

Gleichgültigkeit, die „Risse mitten durch unsere Gesellschaft“ treibe. „Deutschland, das sind wir alle – wir alle, die in diesem Land leben, woher auch immer wir kommen, wie wir aussehen, woran wir glauben, ob wir stark oder schwach sind, gesund oder krank, mit oder ohne Behinderung, alt oder jung“, unterstreicht die Kanzlerin: „Wir sind ein Land, eine Gesellschaft.“

Ein langer Weg „Imagine all the people living life in peace“ – Stell Dir vor, alle Menschen leben in Frieden, erklingt kurz darauf John Lennons Vision von einer friedlichen Welt – ein Menschheits Traum und immer noch so weit entfernt. Semiya Şimşek, Tochter des ersten Opfers der Mordserie und in Deutschland „geboren, aufgewachsen und fest verwurzelt“, mahnt, gemeinsam zu verhindern, dass anderen das Schicksal der von der Mordserie betroffenen Familien widerfährt: „Wir alle gemeinsam, zusammen – nur das kann die Lösung sein“. Gamze Kubaşık, deren Vater ebenfalls den Morden zum Opfer gefallen war, spricht von der „Hoffnung auf eine Zukunft, die von mehr Zusammenhalt geprägt ist“. Für diese Hoffnung auf eine gute, eine bessere Zukunft steht eine zwölfte Kerze. Die beiden Töchter tragen sie hinaus. Die Gäste erheben sich und folgen ihnen. Schweigend. Es wird ein langer Weg werden, von Hoffnung zu Realität. *tyh/sto*

Anzeige

Wahlforschung

Wählen in Deutschland
Sonderheft PVS 45/2011
Herausgegeben von Rüdiger Schmitt-Beck
2012, 556 S., brosch., 49,90 €
ISBN 978-3-8329-6512-9

Das PVS-Sonderheft gibt auf Grundlage neuester Daten eine umfassende Bestandsaufnahme der empirischen Wahlforschung. Unter Bezug auf aktuelle Theoriediskussionen in allen wichtigen Paradigmen wahlsoziologischer Analyse behandeln die Beiträge Grundfragen des Wählerverhaltens in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/13519

SPD will Reha neu berechnen

RENTENVERSICHERUNG Die SPD-Fraktion will die Finanzierung der Rehabilitationsleistungen der Deutschen Rentenversicherung umbauen. Das geht aus einem entsprechenden Antrag (17/8602) der Fraktion hervor, den der Bundestag am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwies. Da vor allem ältere Arbeitnehmer Rehabilitationsleistungen in Anspruch nehmen müssten und deren Anteil stark gestiegen sei oder noch steigen werde, brauche die Deutsche Rentenversicherung angesichts der zu erwartenden höheren Kosten eine neue Finanzierungsgrundlage, schreiben die SPD-Abgeordneten zur Begründung.

Um Menschen, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung beeinträchtigt sind, wieder in das Berufsleben einzugliedern, finanziert die Deutsche Rentenversicherung deren medizinische Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Bisher werden die jährlichen Ausgaben dafür anhand der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne der Arbeitnehmer festgesetzt.

Die SPD-Fraktion fordert nun, dass sich der Anpassungsmechanismus künftig nicht allein an den Bruttolöhnen orientiert, sondern die demografische Entwicklung und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit berücksichtigen soll. Bis 2018 würde so eine maximale Erhöhung des Reha-Deckels um rund fünf Prozent oder 300 Millionen Euro erreicht, heißt es in dem Antrag. **che**



Eine Folge des demografischen Wandels ist der drohende Fachkräftemangel. Die Opposition fordert von der Bundesregierung, mit ihrer geplanten Demografiestrategie darauf eine Antwort zu geben.

Stärkung der Patientenrechte

PETITIONEN Der Petitionsausschuss unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, die Patientenrechte in einem eigenen Gesetz zu bündeln und zu stärken. Der Ausschuss überwies vergangenen Mittwoch eine Petition mit der Forderung nach Schaffung eines Patientenrechtegesetzes einstimmig „als Material“ an das Bundesgesundheitsministerium sowie das Bundesjustizministerium (BMJ). In der Begründung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses wird darauf verwiesen, dass der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Patienten, Wolfgang Zöllner (CDU), seit November 2009 zahlreiche Gespräche mit Patientenvertretern und anderen Akteuren des Gesundheitswesens geführt habe. „Auf diese Weise sollen alle Belange berücksichtigt und der Handlungsbedarf sowie die Regelungsmöglichkeiten umfassend geprüft werden“, heißt es in der Vorlage.

Während der Petitionsausschuss die eingeleitete Initiative begrüßt und die Eingabe für geeignet befindet, bei den anstehenden Überlegungen einbezogen zu werden, gibt es aus seiner Sicht für weitergehende Forderungen des Petenten „keinen Handlungsbedarf“. Der Petent hatte sich dafür ausgesprochen, die Berufspflichtversicherung für Ärzte gesetzlich dazu zu verpflichten, für die Folgen eines Behandlungsfehlers auch dann einzustehen, wenn der Arzt nicht schuldhaft gehandelt hat. Unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme des BMJ beurteilt der Ausschuss das bestehende Haftungsrecht von Ärzten für schuldhaft begangene Behandlungsfehler als „grundsätzlich sachgerecht“. Die vom Petenten gewünschte Regelung komme hingegen einer Gefährdungshaftung gleich, wie sie etwa im Straßenverkehr bestehe, schreibt der Ausschuss. Die Tätigkeit von Ärzten sei jedoch in keiner Weise damit vergleichbar. **hau**

Wenn die Jüngeren fehlen

DEMOGRAFISCHER WANDEL Die Regierung plant eine Strategie. Die Opposition vermisst eine Vision

Die Deutschen werden immer älter und immer weniger. Schon vor Jahren hat die Bundesregierung versprochen, die sich daraus ergebenden gravierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen mit einem ganzheitlichen Ansatz anzupacken. Nun soll die zugesagte „Demografiestrategie“ tatsächlich kommen: Ende März werde die Regierung ihren Plan vorlegen, kündigte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU), am vergangenen Donnerstag im Bundestag an. Dort stand die Antwort der Regierung (17/8372) auf eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/6377) auf der Tagesordnung.

»Best Ager« Die Antwort, das bestätigen in der Debatte auch Redner der Opposition, kann als komprimierte Bestandsaufnahme des demografischen Wandels angesehen werden. Dieser „wird sich“, schreibt die Regierung, „in den kommenden Jahrzehnten auf nahezu alle Bereiche des Lebens der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und in Staat und Gesellschaft auswirken“. Konkret heißt das, dass Maschinenbauunternehmen die Ingenieure ausgeben, immer mehr Menschen schwer pflegebedürftig werden, der Druck auf die Sozialkassen angesichts einer schrumpfenden Zahl von Beitragszahlern steigt. Es heißt aber auch, dass künftige Rentner auf viele gesunde und mobile Jahre hoffen können und die angehenden „Best Ager“ zu einer begehrten Zielgruppe der Wirtschaft werden. Weitere Daten und Fak-

ten dazu liefert auch der kürzlich als Unterrichtung (17/7699) vorgelegte Demografiebericht der Regierung.

Der Innenexperte der FDP-Fraktion, Manuel Höferlin, warnte in der Debatte davor, den demografischen Wandel „ständig als Bedrohung zu sehen“. Er betonte: „Wir sollten den Wandel annehmen.“ Auch Bergner betonte, der demografische Wandel sei „kein Anlass, Katastrophenstimmung zu verbreiten“. Die Bundesregierung begreife ihn vielmehr als „Modernisierungsauftrag“. Dies betreffe etwa die Bereiche Familie, Arbeit, Alter, ländliche und städtische Räume. Unter anderem mit dem Konzept zur Fachkräftesicherung habe die Bundesregierung bereits erste Weichenstellungen vorgenommen. „Wir sind schon auf dem Weg“, sagte Bergner. Konkrete Details aus dem Strategiepapier nannte Bergner im Bundestag nicht – wohl auch, weil die Koalitionsspitzen diese erst am Wochenende festklopfen wollten. Der Opposition war das zu wenig. Die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft demografischer Wandel der SPD-Fraktion, Sabine Bätzing-Lichtenthaler, warf der Regierung in der Debatte „Ideenlosigkeit“ vor. „Die Bundesregierung hat keinen ressortübergreifenden Ansatz, wie sie sich die Gesellschaft im Jahr 2050 vorstellt“, betonte die SPD-Parlamentarierin.

Fachkräftemangel Die Sprecherin für Demografiepolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Tabea Rößner, konstatierte, der demografische Wandel werde „unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten komplett verändern“. Trotzdem fehle der

Regierung „eine Vision, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll“. Rößner setzte nach: „Wo sind Ihre Ideen für mehr erfüllte Kinderwünsche, für gutes Wohnen, für mehr Bildungschancen, für den Arbeitsmarkt der Zukunft und für die Gesundheitsförderung?“ Die Regierung gebe auch keine Antworten darauf, wie sie dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel begegnen wolle. Rößner sagte, von der angekündigten Demografiestrategie werden man „nichts Großes erwarten“ können. Die Regierung habe, wie die Antwort auf die Große Anfrage zeige, nämlich „kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“.

Widersprüche Aus Sicht der Opposition liefert die Regierung dafür schon heute Beweise. Bätzing-Lichtenthaler warf Schwarzgelb in diesem Zusammenhang vor, widersprüchlich zu handeln. Oft wisse augenscheinlich ein Ministerium nicht, was das andere tue. So gehe es einerseits darum, mehr Frauen für den Arbeitsmarkt zu aktivieren, um die drohende Fachkräftelücke zu schließen. Andererseits werde ein Betreuungsgeld eingeführt, das junge Mütter länger von der Erwerbsarbeit abhalte, sagte die SPD-Abgeordnete.

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Diana Golze, hob hervor, die stark zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen sei das zentrale Problem der Gesellschaft. Mit Blick auf die demografische Entwicklung müsse es „darum gehen, mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen, aber auch innerhalb der Generationen“ zu erreichen. „Wir

dürfen die Generationen nicht gegeneinander ausspielen“, betonte Golze.

Der Demografieexperte der Unions-Fraktion, Günter Krings (CDU), appellierte an die Bereitschaft der Opposition zu konstruktiver Zusammenarbeit. Das Thema eigne sich nicht für parteipolitisches Gezänk. Vielmehr seien Strategien notwendig, „die für eine Mehrzahl von Wahlperioden und für viele verschiedene Bundesregierungen gültig sind“. Der SPD-Abgeordnete Franz Müntefering konkretisierte umgehend mit einer Zwischenfrage. Den Appell des Kollegen Krings könne er verstehen. Was er aber von der Opposition angesichts des Fehl-

ens der Bundesministerien für Familie, Bau, Bildung, Gesundheit und Finanzen auf der Regierungsbank, erkundigte sich der frühere SPD-Chef. Krings antwortete, auch er könne sich „die Regierungsbank besser besetzt vorstellen“.

Der Vorstoß einer Gruppe jüngerer Unions-Parlamentarier um den sächsischen CDU-Abgeordneten Marco Wanderwitz für eine Zusatzabgabe von Kinderlosen in der Sozialversicherung fand in der Debatte übrigens keinen Niederschlag. Wenn es im Rahmen der Demografiestrategie demnächst um Wege zur Steigerung der Geburtenrate geht, dürfte sich das ändern. **Monika Pilath**

STICHWORT

DEMOGRAFIE – Wie sich die Bevölkerung in Deutschland entwickeln wird

> **Bevölkerungsrückgang** Nach Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes leben im Jahr 2060 nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen in Deutschland. Heute sind es noch gut 81 Millionen. Der Grund: Die Zahl der Sterbefälle übersteigt die Zahl der Geburten immer mehr. Seit 2003 wird dies nicht mehr durch Zuwanderung kompensiert.

> **Weniger Erwerbsfähige** Heute leben in Deutschland 49,8 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren. Bereits vom Jahr 2015 an rechnet die Regierung mit einer „spürbaren Verringerung“, die sich vom Jahr 2020 an noch einmal deutlich beschleunigen wird.

> **Mehr Ältere** Im Jahr 2060 wird laut Demografiebericht jeder Dritte 65 Jahre und älter sein.

Mehr Geld für Kommunen

SOZIALES Die Fraktion Die Linke will die Kommunen bei der Finanzierung der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung stärker entlasten. Der Bundestag überwies ihren Antrag (17/8606) mit dem Titel „Bundesmittel zur Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 1:1 an Kommunen weiterreichen“ am vergangenen Donnerstag an den Sozialausschuss. Die Linke fordert darin, den Finanzierungsmodus dahingehend zu ändern, dass die Abrechnung und Erstattung der Kosten auf der Basis der laufenden Nettokosten erfolgen soll.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung die rechtlichen Voraussetzungen für eine Kostenübernahme des Bundes in Höhe von 75 Prozent ab 2013 und in Höhe von 100 Prozent ab 2014 zu schaffen. Es solle außerdem ein Kontrollmechanismus eingeführt werden, um sicherzustellen, dass die Bundesländer die Mittel für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig an die Kommunen weitergeben. Ende Oktober 2011 hatte der Bundestag ein Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen verabschiedet, das die Kostenübernahme des Bundes für die Grundsicherung für 2012 regelt. Weitere Kostenübernahmen für 2013 und 2014 müssen in einem eigenen Gesetz geregelt werden. **che**

»Als sei im Himmel Jahrmarkt«

SOZIALES Die Linke plädiert für eine solidarische Mindestrente. Die anderen Fraktionen halten das für nicht finanzierbar

Für Die Linke ist klar: Kein Mensch soll im Alter in Armut leben. Eine „solidarische Mindestrente“ von 900 Euro für jedermann fordert die Fraktion deshalb. In der Bundestagsdebatte zum entsprechenden Antrag (17/8481) am vergangenen Donnerstag wurde jedoch schnell deutlich, dass das mit den anderen Fraktionen nicht zu machen ist. Sie halten das Konzept der Linksfraktion für ungerecht und nicht finanzierbar. Tatsächlich ist das, was die Fraktion umsetzen will, ambitioniert: Sie plädiert für eine „einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente“. Die sollen alle erhalten, deren Einkommen im Alter weniger als 900 Euro beträgt. Nicht anrechnen will Die Linke dabei Vermögen bis zu 20.000 Euro und Beträge für die Altersvorsorge bis maximal 48.750 Euro. Auch Immobilien bis zu einer Wohnfläche von 130 Quadratmeter sollen nicht angerechnet werden.

Furcht vor Zukunft In der Debatte sagte der Rentenexperte der Linksfraktion, Matthias Birkwald, momentan laute das Schicksal hunderttausender Senioren „Malochen bis zum Tode“. 14 Prozent der Menschen im Rentenalter gälten als arm und lebten in „Furcht vor einer ungewissen Zukunft“. Dies sei „politisch gemacht“ und müsse deshalb politisch geändert werden – über eine Re-

form der Rentenversicherung. Gleichzeitig sprach er sich für einen Mindestlohn von 10 Euro aus – um Armut im Alter zu verhindern, müsse man auch gegen Armut im Erwerbsleben vorgehen. Den anderen Parteien wirft die Linke eine „verfehlte Absichtenspolitik“ vor, die dazu geführt habe, dass die Altersarmut „wieder in der Gesellschaft angekommen“ sei.

Für die SPD-Rentenexpertin Elke Ferner klingen die Vorschläge der Linken, als sei „im Himmel Jahrmarkt und als ob Ostern und Weihnachten auf einen Tag kommen“. Sie warf der Fraktion vor, mit ihren Vorstellungen jene zu bevorzugen, die sich um ihre Altersvorsorge gekümmert hätten und Menschen zu benachteiligen, die lange in die Kassen eingezahlt hätten. Dies setze das Prinzip außer Kraft, wonach sich die Höhe der erhaltenen Leistung nach den aufgetragenen Beiträgen bemisst. Die Lebensleistung vieler Menschen werde so entwertet. Mit ihrer Kritik befand Ferner sich in seltener Übereinstimmung mit den Rednern der Koalition. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Union, Karl Schiewerling (CDU), sagte, das Vorhaben entspreche nicht dem Weltbild der Koalition, wonach „jeder mit seiner Hände und Kopf Arbeit“ für sein Alter vorsorge. Er bezeichnete es als „sozialpolitische Schmalmeinklänge“, hinter denen

ein Weltbild stehe, das „in den Abgrund“ führe. In der Konsequenz führten die Forderungen in staatlich finanzierte Abhängigkeit. Als „in jeder Hinsicht unfinanzierbar“ bewertete für die FDP-Fraktion Heinrich Kolb die Pläne der Linken. Es sei heute sehr wohl möglich, in der Kombination aus gesetzlicher und betrieblicher Rente sowie privater Vorsorge ein hohes und ausreichendes Alterseinkommen zu generieren – wer wie

Die Linke etwas anderes behauptete, betriebe „ein Geschäft mit der Angst“. Kolb fügte hinzu, wer die Rente stärken wolle, „der muss auf die Finanzen achten“.

Auch die Grünen äußerten Kritik – merkten aber zugleich an, dass weder die Koalition noch die SPD Alternativen zur Bekämpfung der Altersarmut vorlegten, die in der Tat ein drängendes Problem sei. Der rentenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Wolfgang Strengmann-Kuhn, sagte, bei der von der Linksfraktion vorgeschlagenen Mindestrente handele es sich „um nichts anderes als eine zweite Grundsicherung“, bei der „die Rentenversicherung die Rolle des Sozialamts übernimmt“.

In Deutschland erhalten Menschen die sogenannte Grundsicherung im Alter, wenn sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln, insbesondere aus eigenem Einkommen und Vermögen, sicherstellen können. In der Grundsicherung wird auf den Unterhaltsrückgriff bei Kindern verzichtet, außer wenn diese über ein jährliches Gesamteinkommen von mindestens 100.000 Euro verfügen. Seit dem 1. Januar 2012 liegt der Regelsatz für Alleinstehende bei 374 Euro monatlich. Hinzu kommen Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie zusätzliche Mittel etwa bei einer Gehbehinderung. **Susanne Kailitz**



Die Linke will Altersarmut bekämpfen.

Anzeige

Kürschners Handbuch Verbraucherschutz Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-694-3

Kürschners Handbuch Haushalt, Finanzen Ausgabe 2012
600 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-703-2

Inhalt:

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachausschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail: vertrieb@kdnv.info
Datenbank: www.kuerschner.info · Shop: www.politik-kontakte.de



Jubel in Jemen: Der frischgebackene Präsident Abdo Rabbo Mansour Hadi (Plakat) hat die Macht übernommen. Seine Wahl war begleitet von blutigen Anschlägen - unter anderem auch auf Soldaten.



Saleh soll sich verantworten

AUSWÄRTIGES Die Entwicklung im Jemen sind in der vergangenen Woche Thema einer Debatte im Bundestag gewesen. Bündnis 90/Die Grünen hatten in einem Antrag (17/8587) unter anderem von der Bundesregierung gefordert, sich im UN-Sicherheitsrat verstärkt für das Einfrieren von Konten und Vermögenswerten sowie für Reisebeschränkungen gegen den abgetretenen jemenitischen Präsidenten Ali Abdallah Saleh einzusetzen. Saleh sowie weiteren Mitgliedern seiner Familie und anderen Unterstützern ist klar zu machen, dass sie dauerhaft abtreten müssen, um so den Weg für einen demokratischen Wandel im Jemen freizumachen, heißt es darin weiter. Außerdem müsse sich Saleh andere Verantwortliche des Regimes vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten. Der Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. Philipp Mißfelder (CDU) hob in der Debatte hervor, der Jemen sei „Schutzort für Terroristen und daher auch eine Bedrohung für den Weltfrieden“. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion sagte weiter: „Deshalb müssen wir dieses Problem ernst nehmen und ihm mehr Aufmerksamkeit schenken.“ Mißfelder verwies auf 29,6 Millionen Euro an humanitären Hilfe für das Land. Dies sei ein „wichtiger Beitrag“. Deutschland habe sich 2011 gemeinsam mit dem internationalen Partnern für eine politische Lösung der Jemen-Krise eingesetzt und vor allem mit dem Golf-Kooperationsrat die Verhandlungen in Schwung gebracht. Die Vereinten Nationen müssten ihrer Verantwortung an dieser Stelle gerecht werden.

Der SPD-Außenexperte Günter Gloser sagte, Jemen und seiner leidgeprüften Bevölkerung sei ein echter politischer Neuanfang nur zu wünschen. Gloser machte auf ein drohende Auseinanderdriften der Stämme im Jemen und den Zerfall einer „zentralen Fassadenstaatlichkeit“ aufmerksam. Die Bundesregierung habe sich andererseits in der Entwicklungszusammenarbeit dafür eingesetzt, dass sich die Situation im Jemen verbessere.

Rainer Stinner von der FDP-Fraktion zog eine Parallele zwischen der Situation in Jemen und Syrien, und wie es gelang, den Machthaber los zu werden: „Wenn es uns gelingen würde, einen ähnlichen Deal in Syrien mit Herrn Assad zustande zu bringen, wäre ich bereit, ihn einzugehen“, wenn damit das „tausendfache Sterben“, das in Syrien „täglich vor unseren Augen stattfindet“, beendet werden könne. Jan van Aken (Die Linke) riet vor allem eines: Wenn man wirklich eine friedliche Entwicklung im Jemen unterstützen wolle, dann müsse die Bundesregierung dafür sorgen, dass der „Dialog im Jemen innerhalb des Jemens“ bleibe. Kerstin Müller hob hervor: Es zeige sich immer wieder, dass nach großen Kriegen und schweren Menschenrechtsverbrechen „Gerechtigkeit für einen nachhaltigen Frieden in der Gesellschaft von zentraler Bedeutung“ sei. Die außenpolitische Sprecherin der Grünen führt fort: „Gerade wir, der Westen, die wir den Internationalen Strafgerichtshof aus der Taufe gehoben haben, dürfen das nicht ignorieren.“ Es werde nun darauf ankommen, ob der politische Neuanfang auch gelingt. **bob**



Kerstin Müller

Die Wahl, die keine war

JEMEN Nationaler Dialog soll alle an einen Tisch bringen – außer Al Qaida. Saleh ist zurück im Land

Schon Tage vor der Wahl kursierten in Sanaa Gerüchte, Jemens verhasster Dauerpräsident Ali Abdallah Saleh werde aus den USA zurückkommen und erneut Spannungen provozieren. Fast ein Jahr lang wurde gegen ihn demonstriert, seine Absetzung gefordert. Blutige Kämpfe und Straßenschlachten waren die Folge, bis der Diktator im November endlich einwilligte und seinen Rückzug aus der Politik verkündete. Der Druck aus Saudi-Arabien und den USA nötigte ihn zum Einlenken. Immer wieder, seitdem ein Anschlag auf den Präsidentenpalast in Sanaa im Juni letzten Jahres ihn verletzte und schwere Brandwunden zufügte, kündigte er seinen Rücktritt im Staatsfernsehen an, um ihn eine Stunde später zu widerrufen. Willkür und Mißtrauen prägten seinen Führungsstil.

Immunität und Straffreiheit Unterdessen gingen die Massendemonstrationen weiter, immer neue Fronten entstanden, die fast 1.000 Tote forderten. Erst als das Parlament dem Herrscher Immunität und Straffreiheit zusicherte, willigte er ein abzutreten. Der 69-Jährige ging Ende Januar zunächst ins Nachbarland Oman, dann weiter nach New York. Die Opposition wühlte sich am Ziel. Nach Ben Ali in Tunesien, Mubarak in Ägypten und Gaddafi in Libyen sollte Saleh der vierte Despot der Region sein, der auf Druck der Straße gestürzt wurde. Doch die Protestbewegung freute sich zu früh. Saleh ist zurück im Jemen. Eigentlich wollte er schon zu den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 21. Februar zurückkommen und sei-

ne Stimme abgeben, aber die Amerikaner ließen ihn nicht ziehen aus Angst, seine Anwesenheit könne einen erfolgreichen Umnägel stören. Ganz sicher hätten dann nicht über 60 Prozent der 10,2 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme für den neuen Präsidenten abgegeben, der 18 Jahre lang Salehs Stellvertreter war, wenn der Einfluss des alten so offensichtlich gewesen wäre.

Schlussstrich Denn es wurde alles getan, die Menschen glauben zu machen, dass mit dieser Wahl eine neue Ära im Jemen beginne und eine gloriose Zukunft anbreche. So gaben auch die meisten Wähler als Begründung für ihre Stimmabgabe nicht die Zustimmung zum neuen Präsidenten an, sondern damit einen Schlussstrich unter die 33-jährige Herrschaft Salehs ziehen zu wollen, für die Einheit des vom Zerfall bedrohten Landes zu stehen und den Fahrplan zur Demokratie zu bekräftigen. Einen Gegenkandidaten hatte Abdu Rabbo Mansour Hadi ohnehin nicht und ein Kästchen für eine eventuelle Nein-Stimme war auf dem Wahlzettel auch nicht vorgesehen. Die Wahl war also keine Wahl.

Trotzdem hielten die Menschen stolz ihre dunkelblauen Finger hoch, die sie im Wahllokal in die bereitstehende Tinte getunkt hatten. Die Farbe wurde mit deutschen Steuergeldern finanziert: 750.000 Euro schickte Berlin nach Sanaa als Wahlhilfe. Das offizielle Ergebnis: 99,8 Prozent für Mansour Hadi. Die Amerikaner haben ihre Zusagen eingehalten. Keine Sorge, hätte der Botschafter Washingtons in Sanaa zu den Bedenken der jemenitischen Politiker gesagt: „Wir machen

das schon. Die Wahlen werden unter allen Umständen abgehalten.“ Sie hätten schon Umnägel in Irak, Pakistan und Afghanistan organisiert, gibt Mohy Al-Dhabbi, stellvertretender Außenminister und bis 2003 Botschafter in der Bundesrepublik, die Äußerungen des amerikanischen Diplomaten



Jemens Ex-Präsident Ali Abdullah Saleh

wieder. Das sagt viel aus über den Einfluss der USA im Jemen und die Situation des Landes. In allen drei vorgenannten Staaten ist eine Befriedung derzeit außer Sichtweite, der Terror nimmt eher zu als ab. Auch im Jemen operiert Al Qaida mit zunehmender Intensität. Am Wahltag wurde

ein Anschlag auf ein Wahllokal im Süden des Landes verübt, bei dem zwei wachhabende Soldaten ums Leben kamen. Kurz nach Vereidigung des neuen Präsidenten im Parlament in Sanaa knapp eine Woche später sprengte sich im südlichen Mukalla ein Selbstmordattentäter vor dem dortigen Präsidentenpalast in die Luft und riss fast 30 Menschen mit in den Tod. Seitdem im Jahre 2000 von einem kleinen Boot aus 17 Besatzungsmitglieder des US-Zerstörers USS „Cole“ im Hafen von Aden getötet wurden und Al Qaida dafür die Verantwortung übernahm, ist die Nervosität der Amerikaner hoch. Die südliche Provinz Abyan soll schon fest in der Hand von Al Qaida sein. Außerdem gibt es Hinweise über einen zunehmenden Austausch zwischen dem neu zum Terrormetzwerk gehörenden Al-Shabab-Milizen in Somalia und den Al-Qaida-Mitgliedern im Jemen. Die Meerenge am „Bab al-Mandab“, die die arabische Halbinsel von Afrika trennt, ist nur 23 Kilometer breit und leicht überwindbar.

Einmischung Im Gegensatz zu den anderen Ländern des arabischen Frühlings wie Tunesien oder Ägypten, die eine Einmischung von außen strikt ablehnten, würden die ausländischen Vermittler im Jemen eine bedeutende Rolle spielen, meint Al-Dhabbi. Ohne die Intervention des Golfkooperationsrates unter der Federführung Saudi-Arabiens und das Engagement der USA und der EU wäre Jemen in einen allumfassenden Bürgerkrieg abgeglitten, behauptet er. Denn es gibt nicht nur Al Qaida, die Chaos im Land provozieren. Jemen hat viele destruktive Kräfte.

Die schiitische Houthi-Milizen im Norden Jemens an der Grenze zu Saudi-Arabien wollen sich von Sanaa abspalten und die ehemaligen Sozialisten im Süden ebenfalls. Sie streben nach einem unabhängigen Südstaat wie vor der Wiedervereinigung 1990. Hinweise verdichten sich, dass eine Kooperation mit Al Qaida zu diesem Zwecke nicht mehr ausgeschlossen wird. „Die Jemeniten sind alle bis an die Zähne bewaffnet“, so Al-Dhabbi. Schätzungen gehen davon aus, dass jede Familie über mindestens drei Waffen verfügt: etwa acht Millionen Pistolen, Kalaschnikows oder Schnellfeuerwaffen kommen auf 24 Millionen Einwohner. Nun soll die Demokratie einen Ausweg aus dem Dilemma schaffen. Der Plan der internationalen Gemeinschaft sieht vor, dass nach der Bestätigung des neuen Präsidenten ein nationaler Dialog stattfinden soll, der zu einer neuen Verfassung und zu wirklich freien Wahlen in zwei Jahren führt. Alle sollen dazu eingeladen werden – außer Al Qaida. Welche Rolle Ali Abdallah Saleh künftig spielen wird, bleibt dabei ungewiss. „Ich gebe das Banner der Revolution, der Freiheit, der Sicherheit und der Stabilität in zuverlässige Hände“, sagte der Wiederaufgetauchte pathetisch bei der Amtseinführung seines langjährigen Vizes. Zu der Zeremonie kamen Parlamentsabgeordnete und Stammesvertreter, nicht aber die oppositionelle Koalition, die derzeit die Übergangsregierung im Jemen führt. **Birgit Svensson, Sanaa**

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus der arabischen Welt.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Im Urlaub hinter die Kulissen schauen

MENSCHENRECHTE Der Tourismus soll künftig stärker als Chance zur Einhaltung der Menschenrechte genutzt werden. Einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (17/8736) nahm der Bundestag am vergangenen Donnerstag an. Darin fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, den Dialog mit den Tourismusunternehmen und ihren Branchenverbänden zum Thema Menschenrechte zu intensivieren. Trotz positiver Auswirkungen des Tourismus auf die menschenrechtliche Situation in den Zielländern seien touristische Vorhaben stets auf ihre menschenrechtliche Konformität hin zu prüfen, heißt es weiter. So müssten auch Reiseveranstalter ermutigt werden, Touristen für die menschenrechtliche Situation in den Zielländern zu sensibilisieren. Touristische Vorhaben könnten Menschenrechte gefährden, betonten die Abgeordneten in ihrem Antrag. So bedrohten etwa die Umsiedlung der Bevölkerung für Bauprojekte, die Mischung von Rechten indigener Völker oder der häufig hohe Wasserverbrauch von Hotelanlagen das Recht der Bevölkerung auf Nahrung und Wasser. Darüber hinaus dürften Mitarbeiter in Tourismusbetrieben weder sexuell noch in ihrer Arbeitskraft ausgebeutet werden. Auch die SPD-Fraktion hatte sich dafür ausgesprochen, die Menschenrechte in der Touris-

muswirtschaft stärker zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Der entsprechende Antrag (17/6458) fand im Plenum jedoch keine Mehrheit. So lehnten die Koalitionsfraktionen unter anderem die Forderung ab, die Sorgfaltspflicht in Deutschland gesetzlich zu verankern. Die SPD-Fraktion hatte weiter gefordert, Tourismusunternehmen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands aufzuklären, bei Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft die Kriterien für einen nachhaltigen Tourismus einzubeziehen und die menschenrechtlichen Prinzipien auch in der Tourismuswirtschaft bekannt zu machen. Unter ungünstigen Bedingungen profitierten vom Tourismus „nur wenige Gruppen, werden Landschaften und Ökosysteme zerstört, Lebensgrundlagen vernichtet und die Rechte vieler Menschen verletzt“, betonten die Abgeordneten. Keine Mehrheit im Plenum fand außerdem ein Antrag der Linken (17/8762), der die konsequente Durchsetzung von Menschenrechten in der Tourismuspolitik gefordert hatte. Die Interessen der Tourismusindustrie würden weitgehend die Tourismuspolitik der Bundesregierung bestimmen und oft im Widerspruch zur Einhaltung der Menschenrechte in den touristischen Zielregionen stehen, schrieb die Fraktion die Linke. **tyh/bob**

Schöner Mehrwert der schönsten Wochen des Jahres

TOURISMUS Experten sehen Chancen für Entwicklungsländer. Doch große Teile der Devisen fließen in reichere Länder ab

Urlauber als Aufbauhelfer? Reisen als Mittel zur Armutsbekämpfung? Tourismus als Chance für Entwicklungsländer? Im Prinzip ja, lautete das Votum der Sachverständigen während der ersten gemeinsamen öffentlichen Anhörung der Ausschüsse für Tourismus sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am vergangenen Mittwoch. Allerdings ließen die Experten ihrer Zustimmung ein deutliches Aber folgen. Der Tourismus biete für Entwicklungsländer eine Reihe bislang nicht genutzter Chancen, etwa für die Vermarktung lokal hergestellter Waren wie Lebensmittel, sagte der Nachhaltigkeitsexperte der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Klaus Lengfeld. Er betonte: „Lokale Produkte bieten ein großes, nicht genutztes Potenzial.“ Mit Projekten versuche die GIZ insbesondere beim Bau neuer Hotels, ortsansässige Anbieter zu befähigen, die Anlagen mit ihren Waren zu beliefern.

Fehlende Kühlmöglichkeiten Allerdings wird daraus in der Praxis oft nichts. Weshalb das ist, erläuterte der Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), Bruno Wenn. Prinzipiell bestehe bei den deutschen Touristikunternehmen zwar ein großes Interesse, bestimmte Produkte lokal zu

beziehen. Das scheitere in Entwicklungsländern in der Regel nicht am Preis, sondern an der Qualität und der Zuverlässigkeit der Lieferung. So genüßten beispielsweise die Kühlmöglichkeiten lokaler Anbieter von Fisch nicht den Anforderungen großer Hotels. Die Geschäftsführerin des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung, Birgit Steck, ergänzte, die Agrarstrukturen in Entwicklungsländern seien zum Teil so beschaffen, dass sie größere Hotels nicht beliefern könnten.

Das Potenzial, das für Entwicklungsländer im Tourismus schlummert, lässt sich an den Zahlen ablesen, die die DEG zur Anhörung präsentierte. Danach hat der Tourismussektor einen Anteil von etwa zehn Prozent am globalen Bruttosozialprodukt und beschäftigt als zweitgrößter Arbeitgeber etwa ein Zwölftel der Weltbevölkerung. Die Reisebranche sei mit einem Anteil von 30 Prozent an den Weltexporten einer der führenden Eportspektoren. Schätzungen zufolge wurden im Jahr 2011 im Tourismus 1,2 Bil-

liarden US-Dollar ausgegeben. Für Entwicklungsländer könne der Tourismus ein Devisenbringer sein, erläuterte Steck. Sie verwies aber zugleich auf das Problem der „Sickerquote“: Je geringer der Entwicklungsstand eines Landes, laute eine Faustregel, desto größer sei der Anteil an touristischen Deviseneinnahmen, der zur Finanzierung importierter Leistungen in reichere Länder fließt. Steck betonte, der Tourismus könne nur dann eine Schlüsselrolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen, wenn er eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen und eine Nutzung lokaler Produkte gewährleiste. Der Präsident des Deutschen Reiseverbandes (DRV), Jürgen Büchy, sagte, die Tourismusbranche sei sich ihrer Verantwortung bewusst. „Wir bekennen uns ausdrücklich zum Gebot der Nachhaltigkeit“, betonte Büchy. Der Professor für Touristik und Verkehrswesen der Fachhochschule Worms, Adrian Freiherr von Dörnberg, wies jedoch darauf hin, das entscheidende Kriterium für eine Reisebuchung sei der Preis. Zwar biete die Reiseindustrie beispielsweise CO₂-Rechner an, mit denen Kunden die Emissionskosten ihrer Reise ausgleichen könnten. „Doch der Kunde nutzt das nicht“, stellte Dörnberg fest. **Monika Pilath**



Gemeinsame Anhörung: Die Ausschüsse für Entwicklung mit der Vorsitzenden Wöhr und für Tourismus mit dem Vorsitzenden Brähmig (rechts) tagten erstmals zusammen.



Un erwartet schnelles Wachstum: In den vergangenen beiden Jahren wurden in Deutschland Solarstromanlagen mit einer Leistung von 15.000 Gigawatt neu installiert.

Kritik an Benzin aus Teersand

UMWELT Kraftstoff ist nicht gleich Kraftstoff. So weist Benzin, das aus konventionellen Ölen gewonnen wird, eine weitaus günstigere Klimabilanz auf als Benzin, das aus Schiefer oder Teersanden gewonnen wird. Der Bundestag lehnte am vergangenen Donnerstag einen Antrag (17/7956, 17/8759) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, in dem gefordert wurde, einen Entwurf der EU-Kommission zur Verbesserung der Treibhausgasbilanz von Kraftstoffen zu unterstützen. Aufgrund des hohen Ölpreises werde die Förderung von Benzin aus Teersanden etwa in Kanada immer weiter ausgeweitet – mit fatalen Folgen für die Umwelt, erklärte Oliver Krischer. Für die CDU/CSU Fraktion betonte Michael Paul, der Antrag sei „nicht ausreichend“. Es sei entscheidend, die CO2-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus des Produkts zu betrachten. Die FDP, sagte ihr Abgeordneter Michael Kauch, begrüße den Vorstoß der EU-Kommission. Es gebe aber auch innerhalb der Koalition zu diesem Thema noch Abstimmungsbedarf. Frank Schwabe (SPD) forderte die Regierung auf, dass der Vorschlag der Kommission beim EU-Umweltrat im Juni eine Mehrheit finden müsse. Er setze um, was schon 2009 beschlossen worden sei. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) kritisierte, dass sich Deutschland bei diesem Thema bei einem EU-Expertenausschuss enthalten habe. Dies sei „feige und unaufrichtig“, sagte sie.

Wolken über dem Solardach

ÖKOSTROM Regierung will Förderung weiter kürzen. Opposition sieht in vielen Punkten Korrekturbedarf

Totgesagte leben länger. An dieses Sprichwort dachte offenbar Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) als er in der aktuellen Stunde, sichtbar genüsslich, ein Papier aus seinem Manuskript herauszog. Er zitierte eine Rede von Hans-Josef Fell (Bündnis 90/die Grünen) aus dem Jahr 2010. Damals habe Fell, stellvertretend für die Opposition und die Solarbranche, die damalige Senkung der Solarvergütung als „hochgefährlich“ bezeichnet. Zehntausende Jobs seien bedroht, habe Fell damals gesagt. Und dann triumphierte Röttgen: „Zu Beginn des Jahres, für das Sie den Tod der Branche vorausgesagt haben, fing die Erfolgsgeschichte der Photovoltaik erst an.“ Allein in den vergangenen beiden Jahren seien Anlagen mit einer Leistung von 15.000 Megawatt gebaut worden.

Philip Rösler (FDP) ist das schon lange ein Dorn im Auge. Wenn bei einem Anteil von nur drei Prozent an der Stromproduktion über die Hälfte der EEG-Umlage – über sieben Milliarden Euro – an die Photovoltaikförderung gehe, „dann ist das nicht wirtschaftlich“, wetteuerte Rösler. Lange Zeit stritten er und Röttgen darüber, wie die Zukunft der Solarförderung aussehen soll. Danach sollen die Fördersätze für die Solarförderung voraussichtlich schon zum 9. März um 20 bis mehr als 30 Prozent – je nach Größe der Anlage – gesenkt werden. In dieser einmaligen Absenkung ist eine erst für Juli vorgesehene Kürzung bereits berücksichtigt. Geplant ist, dass neue Besitzer kleinerer Anlagen mit bis zu zehn Kilowatt Leistung statt wie bisher 24,43 Cent pro Kilowattstunde nur noch 19,5 Cent erhalten. Ab Mai wird die Vergütung dann bis Ende 2012 nochmals um 0,15 Prozent monatlich sinken. Neu ist auch, dass die Solarstromproduzenten nur noch 85 bis 90 Prozent des erzeugten Stroms vergütet bekommen. Langfristig soll die Leistung des geförderten Sonnenstroms weiter abnehmen. Für 2012 und 2013 beträgt der sogenannte „Zielkorridor“ 2.500 bis 3.500 Megawatt pro Jahr, soll

dann aber jährlich weiter um 400 Megawatt sinken. Zu hohe Vergütungen Für Michael Kauch (FDP) ist die Photovoltaik der Beweis, dass „man auch mit weniger Geld viel erreichen kann“. Doch gerade in den letzten Jahren seien dort die Anlagenpreise schneller gesunken als die Vergütungen. „Da machen sich Leute die Taschen voll“, findet er. Er begrüßte, dass ein Teil des erzeugten Stroms in Zukunft von den Produzenten selbst verbraucht werden soll. Haushaltsstrom dürfe nicht billiger als der erzeugte Solarstrom sein, forderte er. „Hören Sie auf, mit der Lüge vom teuren Solarstrom“, entgegnete ihm Kerstin Andreea (Bündnis 90/Die Grünen). Die Regierung sei dabei, „eine der erfolgreichsten Energien massiv zu schädigen“, sagte sie. Gleichzeitig forderte die Wirtschaftspolitikern die Regierung auf, den Stichtag 9. März für die Kürzungen zu überdenken, um den betroffenen Unternehmen und Investoren mehr Planungssicherheit zu geben. Kritik, die auch die SPD teilt. Es könne nicht sein, sagte SPD-Umweltexperte Dirk Becker, dass man neue Kürzungsschritte diskutierte, „obwohl die EEG-Novelle 2012 noch nicht einmal in Kraft getreten ist“. „So machen Sie den Markt kaputt, so verunsichern Sie Investoren.“ Auch Die Linke sieht in dem Gesetz eine Gefahr für viele Arbeitsplätze: „Den Solarfirmen brechen Kunden, Finanzbeteiligungen und Kreditlinien bei den Banken weg“, kritisierte Ralph Lenkert (Die Linke).

Wer neue Anlagen geplant hätte, wüsste nicht mehr, wie es weitergehe. Die Linke sieht dahinter System und einen großen Profiteur: die großen Stromkonzerne. Der „Teufel“ des Gesetzentwurfs stecke, sagt Dirk Becker (SPD), „im Detail“. Er trägt den sperrigen Namen Verordnungsermächtigung. Ein Instrument, mit dem die Regierung die Kürzungen in Zukunft auch ohne Zustimmung des Parlaments selbst festlegen könnte. Dagegen regt sich Widerstand – auch in den Reihen von Schwarz-Gelb. Die Regierung will das Gesetz so schnell wie

möglich beschließen lassen. Am Donnerstag wird der Gesetzentwurf ins Plenum eingebracht. Für den 21. März ist eine Anhörung geplant, so dass das Gesetz bis Ende März beschlossen werden könnte. Bis dahin wird es noch eine Menge Widerstand geben. Neben den Gewerkschaften kündigten auch einige Ministerpräsidenten massiven Protest an. Und auch die Solarbranche macht mobil: Für den heutigen Montag haben ihre Unternehmen zu einer Großdemonstration im Berliner Regierungsviertel aufgerufen. Annette Sach



»So machen Sie den Markt kaputt, so verunsichern Sie Investoren.« Dirk Becker (SPD)

STICHWORT KÜRZUNG DER SOLARFÖRDERUNG – Die neuen Pläne der Ministerien > Solarförderung Die Vergütung für Solarstrom wird ab 9. März um bis zu 30 Prozent gekürzt. Bei kleineren Anlagen bis zu zehn Kilowatt soll sie künftig 19,5 Cent pro Kilowattstunde betragen, bei Anlagen bis zu zehn Megawatt wird die Förderung 13,5 Cent pro Kilowattstunde betragen. > Weniger Anlagen Der Bau von neuen Solaranlagen soll auf eine Menge von 2.500 bis 3.500 Megawatt für 2012 und 2013 beschränkt werden. Zum Vergleich: 2011 wurden Anlagen mit einer Leistung von 7.500 Megawatt installiert. > Marktintegrationsmodell Erstmals soll der Strom aus Solaranlagen nur noch zu 85 bis 90 Prozent vergütet werden. Der Rest soll von den Produzenten selber verbraucht oder verkauft werden.



Ende der Abzocke

INTERNET Verbraucher sollen besser vor Kostenfallen geschützt werden. Härteres Vorgehen gegen Inkassofirmen gefordert

Manchmal reicht schon ein falscher Mausklick und man hat ungewollt ein Abo am Hals. Auch aus einem „Gratis-SMS-Angebot“ im Internet kann schnell ein teurer Spaß werden. Mehr als fünf Millionen Deutsche sind bereits in eine solche Falle getappt. Damit soll nun Schluss sein. Der Schutz der Verbraucher vor Kostenfallen im Internet wird verbessert. Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag am vergangenen Freitag einen von der Bundesregierung vorgelegten und vom Rechtsausschuss abgeänderten Gesetzentwurf (17/7745, 17/8805) angenommen. Lediglich die Linksfraktion enthielt sich bei der Abstimmung. Kernpunkt der Neuregelung ist die Verpflichtung der Unternehmen, beim Online-Handel mit einem Bestellbutton unmissverständlich auf entstehende Kosten hinzuweisen. Trotz ihrer Zustimmung kritisierte die Opposition während der Debatte, dass die Regelung zu spät komme. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) verwies darauf, dass die Bundesregierung die EU-Richtlinie zum Verbraucherschutz habe abwarten müssen und kündigte für die nahe Zukunft Schritte gegen das Vorgehen unseriöser Inkassounternehmen an.

ternehmen diese Pflicht nicht, komme auch kein Vertrag zustande, sagte Leutheusser-Schnarrenberger. „Der Verbraucher schuldet dann keine Zahlung“, machte sie deutlich. Auf „dubiose Inkassofirmen, die häufig mit kriminellen betrügerischen Abohändlern unter einer Decke stecken“ machte Marianne Schieder (SPD) aufmerksam. Es sei daher auf der einen Seite zu begrüßen, dass die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf die von der SPD schon vor einem Jahr vorgelegte Initiative aufgreife. Auf der anderen Seite sei aber die Chance vertan worden, „den unsäglichen Inkassounternehmen das Handwerk zu legen“, bedauerte Schieder.

Die Untätigkeitsschelte der Opposition sei falsch, sagte der Unionsabgeordnete Marco Wandertwitz. Es sei zuerst eine europäische Regelung benötigt worden. Der Bundesregierung sei es dabei gelungen, die Schaltflächenlöschung durchzusetzen, erklärte Wandertwitz. Kritik übte er an der von der Opposition geforderten Musterschaltfläche. Das sei nicht machbar, da man die Schaltfläche technisch neutral und damit für alle Endgeräte planen müsse. Mit Blick auf den Kampf gegen unseriöse Inkassounternehmen kündigte auch Wandertwitz „in Kürze“ eine Vorlage der Koalition an.

Der Verweis auf die EU-Richtlinie sei nicht überzeugend, befand Caren Lay (Die Linke). Man hätte schon viel früher regeln müssen, was auf nationaler Ebene regelbar gewesen sei, sagte sie. „Durch die Zeitverzögerung sind den Verbrauchern Schäden im mehrstelligen Millionenbereich entstanden.“ Auch Lay zeigte kein Verständnis dafür, dass mit dem Gesetz nicht auch gegen unseriöse Inkassounternehmen vorgegangen wird. „Abzocke und unseriöse Inkassounternehmen gehören zusammen“, sagte sie. Sie sorgten dafür, dass aus einer Forderung von 20 Euro schnell eine Forderung von 1.200 Euro werde. Die Abgeordnete der Linken sprach sich für eine Musterschaltfläche aus. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass die Unternehmen die Schaltflächen bis zur Unkenntlichkeit veränderten. Die Buttonlösung sei der richtige Schritt, da somit Produkt und Endpreis klar würden, sagte Ingrid Hönlinger (Die Grünen). Dennoch habe sich ihre Fraktion mehr gewünscht. So sehe die EU-Richtlinie die Beweislast bei den Unternehmen. Aus dem Gesetz gehe das jedoch nicht eindeutig hervor, kritisierte sie. Aus Sicht von Erik Schweickert (FDP) ist eine Musterschaltfläche „reine Kosmetik“. Entscheidend sei, dass sie technikneutral ist, urteilte der FDP-Abgeordnete. Was die Beweislast angeht, so sei es schon heute „gängige Praxis, dass der Unternehmer beweisen muss, das er ein Anspruch auf sein Geld hat“. Es sei daher „obsolet“, dies in das Gesetz hineinzuschreiben, sagte Schweickert.

Inkassofirmen in der Kritik „Das Gesetz nutzt und hilft den Verbrauchern“, sagte die Ministerin. Unternehmen müssten nun im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bestellung im Internet über den Preis, eventuelle weitere Folgekosten sowie über die Mindestlaufzeit von Abonnements informieren, betonte die FDP-Politikerin. Erfülle das Un-

Ein Einkauf im Netz kann teuer werden. Bald soll nur noch der zahlen müssen, der zuvor eindeutig über die Kosten informiert wurde.



Anzeige

Deutscher Bundestag Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist eine oberste Bundesbehörde, die dem Verfassungsorgan Deutscher Bundestag bei der Erfüllung seiner umfassenden gesetzgeberischen und kontrollierenden Aufgaben inhaltlich und organisatorisch zurbeiteht. Wir stellen zum 1. August 2012 zwei Redaktionsvolontärinnen/Redaktionsvolontäre ein. Die Volontariate dauern jeweils zwei Jahre und werden auf der Grundlage des Tarifvertrages über das Redaktionsvolontariat an Tageszeitungen des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. absolviert. Bei den Volontariaten handelt es sich um (1) ein Volontariat mit dem Schwerpunkt Printmedien/Agentenjournalismus und (2) ein Volontariat mit dem Schwerpunkt Onlinejournalismus/Web-TV. Das Printvolontariat (1) wird schwerpunktmäßig in der Redaktion der Wochenzeitung „Das Parlament“ sowie des Informationsdienstes „heute im bundestag“ im Referat Parlamentskorrespondenz (PuK 2) angeboten, das Onlinevolontariat (2) in der Redaktion des Referates Online-Dienste/Parlamentsfernsehen (PuK 4). Im Rahmen einer crossmedialen Ausbildung werden Darstellungsformen und Tätigkeiten im Zeitungs-, Nachrichten- und Onlinejournalismus vermittelt. Anforderungsprofil • abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Master, Magister oder vergleichbarer Abschluss) der Fachrichtungen Geistes-, Sozial-, Wirtschaftswissenschaften, Journalistik, Publizistik oder Volljuristin/Volljurist • nachgewiesene mehrjährige journalistische Erfahrungen (Praktika, freie Mitarbeit) • ausgeprägte Fähigkeit, schnell, präzise und stilistisch zu formulieren • gründliche Kenntnisse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und im Parlamentarismus • gute Kenntnisse in mindestens einer Fremdsprache • Flexibilität, Sensibilität für politische Zusammenhänge und Kontaktfreudigkeit wünschenswert Die Verwaltung des Deutschen Bundestages gewährleistet die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet. Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen schwerbehinderter Menschen bevorzugt berücksichtigt. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages versteht sich als familienfreundlicher Arbeitgeber und begrüßt daher die Bewerbungen von Menschen mit Kindern. Die Verwaltung des Deutschen Bundestages unterstützt die Ziele des Nationalen Integrationsplans und ist auch an Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund interessiert. Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Anschreiben, tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse sowie mindestens drei, maximal fünf veröffentlichte journalistische Beiträge) senden Sie bitte mit dem Stichwort „Print“ oder „Online“ bis zum 16. März 2012 (Datum des Poststempels) an DEUTSCHER BUNDESTAG · Verwaltung · Personalreferat ZV 1 Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

KURZ NOTIERT

Volle Mehrwertsteuer auf alle Pferde

Auf Pferde – egal ob zum Reiten, zum Einsatz in der Landwirtschaft oder zum Verzehr – soll bald der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent erhoben werden. Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages billigte am Mittwoch einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP, der eine Aufhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent auf Pferde vorsieht. Die Änderung wurde in das Änderungsgesetz zum Gemeindefinanzreformgesetz (17/8235) eingefügt. Danach gilt für sämtliche Lieferungen, Einfuhren und innergemeinschaftlichen Erwerbisse von Pferden der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent. Nach Angaben der Bundesregierung ist die Gesetzesänderung notwendig, da die EU-Kommission wegen des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Pferde vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland erhoben und Recht bekommen hatte. *hle*

Schutz vor Cookies nur bei Widerspruch des Kunden

Ein Vorstoß der SPD-Fraktion zum besseren Schutz von Anwenderdaten im Internet ist ohne Erfolg geblieben. Der von der Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes (17/8454, 17/8814) wurde am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss des Bundestages von der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP abgelehnt. Neben der SPD-Fraktion stimmten auch die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Antrag. Die SPD-Fraktion wollte mit der Gesetzesänderung erreichen, dass Anbieter von Telemediendiensten für die Speicherung sogenannter Cookies auf den Computern ihrer Kunden deren Einwilligung brauchen. Bisher muss der Diensteanbieter nur über das Setzen von Cookies unterrichten. Vor der durch Cookies ermöglichten Profilbildung sei der Kunde bisher nur durch eine Widerspruchslösung nach dem Telemediengesetz geschützt, hatte die SPD-Fraktion argumentiert. *hle*

Weniger Bürokratie bei Wertpapierprospekten

Nach der Änderung der EU-Richtlinie über Wertpapierprospekte muss das deutsche Recht entsprechend angepasst werden. Der Bundestag überwies den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2010/73/EU und zur Änderung des Börsengesetzes (17/8684) am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse. Darin geht es auch darum, den bürokratischen Aufwand zu verringern. So werden im Bereich des Wertpapierprospektgesetzes bestimmte Obergrenzen und Schwellenwerte für Ausnahmen von der Prospektspflicht erhöht. Auch soll es Erleichterungen für Mitarbeiterbeteiligungsprogramme geben. *hle*

Gesetzlicher Preisstopp für Benzin kommt nicht

Keinen Erfolg hatte die Linksfraktion mit einem Antrag auf einen Stopp der Preiserhöhungswelle an den Tankstellen. Der Bundestag lehnte einen entsprechenden Antrag (17/8786) am Freitag mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Die Linke wollte eine Genehmigungspflicht von Preiserhöhungen durch die Bundesnetzagentur erreichen. Außerdem sollte durch ein neues Gesetz eine Entflechtung der Mineralölkonzerne und der den Markt beherrschenden Öl-Oligopole einschließlich Raffinerien ermöglicht werden. Gründe für die steigenden Preise seien spekulative Geschäfte und Preisabsprachen der marktbeherrschenden Oligopole, hatte die Fraktion argumentiert. *hle*

Aus Steuerpauschale soll Pendlergeld werden

Die Pendlerpauschale soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke in ein „sozial gerechtes“ Pendlergeld umgewandelt werden. Dazu soll die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen, fordert die Linksfraktion in einem Antrag (17/5818), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Das Pendlergeld soll einen festen Auszahlungsbetrag je Kilometer vorsehen. Dieser Betrag soll dann nicht wie bisher vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden, sondern von der Steuerschuld. *mik*

Fahrgaststippelfahrt mit 19 Prozent Mehrwertsteuer

Der Mehrwertsteuersatz in der Fahrgaststippelfahrt bleibt bei 19 Prozent. Der Bundestag lehnte am Donnerstag mit den Stimmen von Union, FDP, Linke und Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion einen Entwurf des Bundesrates (17/8320, 17/8798) ab, der sich für die Wiedereinführung des bis Ende 2011 geltenden ermäßigten Mehrwertsteuersatzes ausgesprochen hatte. *hle*



Was die eine Hand gibt, vereinnahmt die andere sofort wieder: Dieser Teufelskreis soll durchbrochen werden.

Schäuble verzichtet auf Mehreinnahmen

FINANZEN Opposition spricht von Ablenkmanöver und Wählertäuschung

Die meisten Arbeitnehmer dürften diese Erfahrung schon gemacht haben. Es gibt 50 Euro Lohnerhöhung und unterm Strich bleiben keine 25 Euro netto übrig. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU/CSU) will daher für eine Entlastung der Bürger durch Maßnahmen gegen diesen als „kalte Progression“ bezeichneten Vorgang im Steuerrecht sorgen. Bei der ersten Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression (17/8683) sagte Schäuble am Freitag im Bundestag, der progressive Steuertarif, bei dem höhere Einkommen höher besteuert würden, habe sich über die Jahrzehnte bewährt. „Aber im Zusammenwirken mit Geldentwertung entsteht daraus der Effekt der kalten Progression.“ Schäuble rechnete vor, der Steuertarif führe dazu, dass bei einer Gehaltserhöhung um zwei Prozent die Steuer stärker als um diese zwei Prozent steige. „Auf lange Sicht führt das zu einer starken Verschiebung, einer höheren Steuerbelastung.“ Das sei vom Gesetzgeber so nicht gewollt. Man sei auch nicht an durch Geldentwertung zustande kommende Steuermehreinnahmen interessiert. Auch beim Grundfreibetrag bestehe Handlungsbedarf. Niemand werde doch einen nicht verfassungsgemäßen Grundfreibetrag riskieren wollen, warnte Schäuble.

Grundfreibetrag steigt Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Anhebung „ist verfassungsrechtlich geboten und kann deswegen nicht wirklich bestritten werden“, stellte Schäuble fest. Der Gesetzentwurf sieht eine stufenweise Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags in zwei Schritten zum 1. Januar 2013 auf 8.130 Euro und zum 1. Januar 2014 auf 8.354 Euro (insge-

samt plus 350 Euro) vor. Die Anhebung orientiert sich an der voraussichtlichen Entwicklung des steuerfreien zu stellenden Existenzminimums. Auch der Tarifverlauf soll prozentual wie der Grundfreibetrag um 4,4 Prozent angepasst werden. Ohne Anpassung des Tarifverlaufs käme es durch die alleinige Anhebung des Grundfreibetrags bei konstantem Einkommenssteuersatz zu einer nicht gewollten „Stauchung“ des Tarifs innerhalb der ersten Progressionszone und damit zu einem Anstieg der Progression, wird erläutert. Eigentlich handele es sich nicht um Steuerentlastungen, sondern um den Verzicht auf vom Gesetzgeber nicht beschlossene Steuererhöhungen. Und wer sich dagegen ausspricht, plädiert für Steuererhöhungen“, stellte der Finanzminister fest.

»Wir tun jetzt, was wir vor der Wahl gesagt haben.«

Klaus-Peter Flosbach (CDU)

»Zum Erbarmen« Massen Widerstand ertmete Schäuble bei der SPD-Fraktion. Schäuble führe eine reine Ablenkungsdiskussion, sagte deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender Joachim Poß. Die Steuerpolitik der Koalition sei in den letzten zwei Jahren „zum Erbarmen“ gewesen. Im Wahlkampf 2009 hätten alle Koalitionsparteien massive Steuersenkungen versprochen. „Das war nichts anderes als eine Wählertäuschung“, warf Poß Union und FDP vor. Schäuble wolle mit „politischem Pfusch“ jetzt retten, was noch zu retten sei.

„Selbst für Ihre Mini-Entlastung ist kein Geld in den öffentlichen Kassen“, stellte Poß fest. Länder und Gemeinden könnten die Verluste nicht schultern, und der öffentliche Schuldenstand liege 20 Prozentpunkte über den EU-Grenzwerten. In Europa spiele Schäuble mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) den fiskalischen Zuchtmeister, und hier wolle er Steuersenkungen auf Pump. „Kein Sozialdemokrat verweigert sich einer notwendigen Anhebung des

Grundfreibetrags“, sagte Poß, der aber das Fehlen des Existenzminimumberichts bedauerte. Schäuble müsse diesen Bericht endlich vorlegen. „Dann werden wir sehen, wann und um welchen Betrag Anhebungen notwendig sind, die wir dann auch mittragen werden“, so Poß.

Volker Wissing (FDP-Fraktion) wiederum richtete scharfe Angriffe an die Adresse der SPD und verdeutlichte, es gehe um den Verzicht auf Steuererhöhungen und nicht um Steuersenkungen. Eine Gegenfinanzierung müsse deshalb nicht vorgelegt werden. „Damit fallen alle Ihre Gegenargumente wie ein Kartenhaus in sich zusammen“, stellte Wissing fest, der sich außerdem wunderte, dass die Sozialdemokraten den Schutz unterer und mittlerer Einkommen vor Steuererhöhungen nicht wollten. Er habe den Eindruck, dass die SPD Steuerrecht als „Strafrecht für Arbeitnehmer“ verstehe. Schon in der letzten Legislaturperiode habe die Linke die Bundesregierung aufgefordert, endlich etwas gegen die kalte Progression zu tun, erinnerte Barbara Höll (Die Linke). Jetzt werde die Koalition endlich wach, lege aber keine große Lösung vor. Wer die kalte Progression bekämpfen wolle, müsse auch den Tarif ändern. Solange die Koalition nicht an eine Tarifänderung herangehe, habe man immer das Problem der überproportionalen Belastung geringer und mittlerer Einkommen. „Deshalb sagen wir: Man muss das Grundproblem anpacken“, forderte Höll.

„Ökonomischen Humbug“ warf die Grünen-Finanzexperte Lisa Paus dem Finanzminister vor. Das von Schäuble ausgemachte Problem im Steuerrecht habe es die letzten zehn Jahre nicht gegeben. Ihm gehe es nur um ein wohlklingendes Etikett für seine Mini-Steuerenkung. Die Entlastungen für die geringen und mittleren Einkommen seien minimal, bei höheren Verdiensten ge-

be es höhere Entlastung. „Die obersten zehn Prozent bekommen 30 Prozent vom gesamten Paket von 6,6 Milliarden Euro“, rechnete Paus vor und erklärte: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Andererseits könnten die Länder die Steuerausfälle nicht verkraften. Berlin verliere 120 Millionen Euro, Nordrhein-Westfalen eine halbe Milliarde Euro. Das werde Gebührenerhöhungen nach sich ziehen.

Wahlversprechen eingelöst Klaus-Peter Flosbach (CDU) sagte dagegen, es gehe nicht an, dass bei jedem zusätzlich verdienten Euro 50 Prozent abgezogen werden würden. „Das kann nicht auf Dauer akzeptiert werden, und wir wollen das nicht akzeptieren“, sagte Flosbach und erinnerte: „Wir haben gesagt, was wir tun werden nach der Wahl, und jetzt tun wir, was wir gesagt haben.“ Flosbach fragte die Sozialdemokraten: „Wo sind Sie eigentlich angelangt, dass Sie untere und mittlere Einkommen nicht mehr entlasten wollen?“ In dem zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesenen

»Selbst für Ihre Mini-Entlastung ist kein Geld in den öffentlichen Kassen.«

Joachim Poß (SPD)

Gesetzentwurf verweist die Bundesregierung auf die positiven Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen. Dessen Prognosen würden für die nächsten Jahre den Spielraum eröffnen, den Bürgern in zwei Schritten inflationsbedingte Mehreinnahmen in einem Volumen von sechs Milliarden Euro zurückzugeben und das „im vollen Einklang mit der konsequenten weiteren Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse“ (Entlastungsbeispiele im Artikel rechts). Die Bundesregierung versichert, durch ihr Vorhaben werde sichergestellt, dass der Staat nicht von Lohnerhöhungen profitiere, denen keine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zugrundeliege. *Hans-Jürgen Leersch*

Smartphone steuerfrei

FINANZEN Die private Nutzung von Computer-Software des Arbeitgebers wird für die Arbeitnehmer steuerfrei gestellt. Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern Datenverarbeitungsgeräte wie Smartphones oder Tablets überlässt. Der Finanzausschuss des Bundestages beschloss vergangene Woche eine entsprechende Gesetzesänderung, die per Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP in das Änderungsgesetz zum Gemeindefinanzreformgesetz (17/8235) aufgenommen wurde. Die Koalitionsfraktionen sowie die SPD-Fraktion stimmten dafür, Linksfraktion und Grüne enthielten sich. Die CDU/CSU-Fraktion begründete die Steuerfreiheit bei privater Nutzung von Software und Datenverarbeitungsgeräten mit der notwendigen Steuervereinfachung. Auch die SPD-Fraktion sah kein Problem darin, die Software steuerfrei zu überlassen. Bündnis 90/Die Grünen äußerten dagegen die Sorge, dass sich aus dieser Möglichkeit ein Steuersparmodell entwickeln könne. Es müsse genau beobachtet werden, ob es Versuche geben werde, systematisch Lohn über solche Instrumente auszuzahlen. Auch die Linksfraktion warnte davor, dass bei der steuerfreien Überlassung Missbrauchsmöglichkeiten Tür und Tor geöffnet werden könnten. Selbst hochwertige Fernsehgeräte mit Datenverarbeitungsmöglichkeit könnten so steuerfrei überlassen werden. Die CDU/CSU bezeichnete dies als „absurd“. Neben der Steuervereinfachung gehe es hier auch darum, die Schaffung von Heimarbeitsplätzen zu erleichtern. Ein weiterer in das Gesetz aufgenommener Änderungsantrag der Koalition sieht vor, dass Schachteldividenden aus dem Ausland, die aufgrund einiger Doppelbesteuerungsabkommen in bestimmten Fällen steuerfrei sind, nun doch versteuert werden müssen. Betroffen sind besonders Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaA). Die FDP-Fraktion erklärte, jetzt werde ein Schlupfloch geschlossen. Das sei auch im Sinne der geschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen.

Der eigentliche Gesetzentwurf sieht eine Anhebung der Höchstbeträge zur Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer vor. Dies sei notwendig, um eine Verteilung der Steuer auf Grundlage des örtlichen Aufkommens zu erreichen, heißt es in dem Entwurf. *hle*

Beispiele für Steuerentlastung

FINANZEN Inflationsbedingte und „nicht gewollte Steuerbelastungen“ sollen mit dem von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Abbau der kalten Progression (17/8683) abgebaut werden. Zur Begründung heißt es, es solle verhindert werden, „dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen“. Durch höhere Steuereinnahmen sei es möglich, den Bürgern Geld zurückzugeben.

Im Verhältnis zur gezahlten Steuer soll die Entlastung der unteren Einkommensgruppen am größten sein. Dazu legt die Bundesregierung Beispielsrechnungen vor. So werde ein alleinstehender Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttolohn von 30.000 Euro aufgrund der Tarifänderung 2014 jährlich etwa 150 Euro weniger Steuern zahlen müssen als nach geltendem Recht. Dies entspreche einer Entlastung von 3,4 Prozent seiner bisherigen Steuerzahlung von 4.328 Euro (Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag). Ein Arbeitnehmer mit einem Jahresbruttolohn von 60.000 Euro werde im Jahr 2014 dagegen nur 2,5 Prozent weniger Steuern zahlen müssen als nach geltendem Recht (bisherige Steuerbelastung 14.590 Euro). Noch deutlicher wird die größere Entlastung unterer Einkommensgruppen bei Berechnungen der Regierung am Beispiel eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern. Bei einem Jahresbruttolohn von 30.000 Euro zahle dieser Arbeitnehmer 2014 164 Euro weniger Steuern. Dies entspreche einer Entlastung von 10,6 Prozent seiner bisherigen Steuerbelastung. „Ein vergleichbarer Arbeitnehmer mit 60.000 Euro Jahresbruttolohn erfährt 2014 hingegen nur eine Entlastung von 3,3 Prozent seiner bisherigen Steuerzahlung, das sind 301 Euro weniger Steuern im Jahr“, schreibt die Bundesregierung.

In dem Gesetzentwurf wird darauf hingewiesen, dass hohe Einkommen wesentlich stärker zum Steueraufkommen beitragen würden als untere Einkommensgruppen. Prozentual würden höhere Einkommen weniger entlastet, nur in absoluten Beträgen betrachtet steige die Wirkung des Ausgleichs der kalten Progression bei steigender Steuerbelastung. Dies gelte jedoch nur für mittlere Einkommen bis zum Erreichen des Höchststeuersatzes von 42 Prozent. „Bei einem zu versteuernden Einkommen von rund 55.000 Euro ab 2014 kommt es zu einer tariflichen Entlastung von absolut rund 380 Euro im Jahr, die für höhere Einkommen – trotz stark steigender Steuerlast – nicht mehr zunimmt“, rechnet die Bundesregierung vor. *hle*

KURZ NOTIERT

Bahn-Hersteller für Sicherheit verantwortlich

Der Bundestag hat am Donnerstag das Eisenbahngesetz (17/8364, 17/8787) geändert. Damit wird den Herstellern die Verantwortung dafür zugewiesen, dass die Fahrzeuge der Bahn bei der Inbetriebnahme sicher sind. Die Verantwortung dafür lag bisher beim Betreiber. Außerdem wird eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, durch die dem Eisenbahn-Bundesamt die Festlegung von technischen Einzelheiten für Planung, Bemessung und Konstruktion von Betriebsanlagen der Eisenbahn des Bundes übertragen werden kann. Mit einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP wurde auch eine Regelung zur Lärmkartierung in das Gesetz aufgenommen. *mik*

Bundesschuld stieg 2011 um 17,3 Milliarden Euro

Der Bund hat im vergangenen Jahr neue Kredite in Höhe von 17,3 Milliarden Euro aufgenommen. Dies geht aus dem Bericht des Bundesfinanzministeriums zum Jahresabschluss 2011 hervor, den der Haushaltsausschuss am Mittwoch zur Kenntnis nahm. Damit sei die im Haushalt 2011 vorgesehene Neuverschuldung von 48,4 Milliarden Euro um rund 31,1 Milliarden Euro „erheblich“ unterschritten worden, heißt es im Bericht weiter. Die Steuereinnahmen des Bundes hätten im vergangenen Jahr 248,1 Milliarden Euro betragen. Das seien 18,9 Milliarden Euro mehr als veranschlagt. Wesentliche Steuerminderungen seien nur bei der Kernbrennstoffsteuer als Folge der Energiewende entstanden. Hier seien die Einnahmen um 1,4 Milliarden Euro geringer ausgefallen als vorgesehen. *mik*

Weniger Mauteinnahmen wegen schlechter Konjunktur

Die für 2010 veranschlagten Mauteinnahmen in Höhe von 4,87 Milliarden Euro sind wegen der konjunkturellen Lage um 360 Millionen Euro unterschritten worden. Dies schreibt die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Tätigkeit der Verkehrsinfrastruktur-Finanzierungsgesellschaft (VIFG) im Jahr 2010, den sie als Unterrichtung (17/8331) vorgelegt hat. Nach Abzug der Systemkosten seien 3,45 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden. Von diesen Mitteln seien 2,04 Milliarden Euro in die Straße geflossen, 1,03 Milliarden Euro in die Schienenwege und 379,8 Millionen Euro in die Wasserstraßen. *mik*

Regierung will einheitlichen europäischen Luftraumblock

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (17/8726) zu dem Vertrag vom 2. Dezember 2010 über die Errichtung des Funktionalen Luftraumblocks „Europe Central“ vorgelegt. Darin wird die Zusammenarbeit Deutschlands mit Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz im Bereich der Flugsicherung mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems Flugsicherung geregelt. Durch eine Optimierung des Luftraum- und des Verkehrsflussmanagements sowie durch eine Harmonisierung der bestehenden nationalen Systeme und Verfahren sollen „erhebliche“ Leistungsverbesserungen und eine Steigerung der Kapazität in der Flugsicherheit erreicht werden. *mik*



Alternative für Preisbewusste: In Deutschland sollen Fernbusse künftig Städte verbinden dürfen.

Im Linienbus durchs Land

VERKEHR Experten für Liberalisierung des Markts. Regelmäßige Städteverbindungen sollen möglich werden

Die Berliner kennen es seit langem, den meisten Deutschen ist es jedoch unbekannt: Die regelmäßige Verbindung von zwei Städten in Deutschland mit dem Bus. Dies geht zwar von der Hauptstadt nach Hamburg oder Dresden, von Köln nach München allerdings nicht. Noch nicht. Denn die Regierung will dies ändern und hat dazu einen Gesetzentwurf (17/8233) vorgelegt, mit dem die bisherigen Beschränkungen im Fernbuslinienverkehr weitgehend aufgehoben werden sollen. Weder gegenüber den Eisenbahnen noch gegenüber anderen Fernbuslinienverkehren soll es dabei einen Konkurrenzschutz geben. Allerdings soll die Beförderung von Personen zwischen zwei Haltestellen mit einem Abstand von weniger als 50 Kilometern unzulässig sein.

»Gleiche Rechte« Patrick Thiele, Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK), unterstützte in einer Anhörung des Verkehrsausschusses am Mittwoch diese Initiative. Die derzeitigen Beschränkungen seien das letzte Relikt der Verkehrsmarktregulierung aus den 1930er Jahren. Busunternehmen sollten nach seiner Meinung die gleichen Rechte wie Fluggesellschaften haben. Auch im Flugverkehr würden Verbindungen nicht wegen möglicher Auswirkungen auf den Schienenverkehr geändert. Da Fernbusse zur Erreichung akzeptabler Reisezeiten nur wenige Haltestellen unterwegs haben würden, dürften sich die be-

fürchteten Verlagerungen vom Schienenpersonenverkehr auf den Bus in engen Grenzen halten. Um den Wettbewerb langfristig zu sichern, sei eine Betriebsvielfalt anzustreben, betonte er. Mittelständische Unternehmen müssten reelle Chancen für einen Markteintritt erhalten. Die Reform sollte deshalb nicht darauf hinauslaufen, dass der Fernbusmarkt unter wenigen Großanbietern aufgeteilt werde.

»Akzeptabel« Die Kommunalvertretungen Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag bewerteten in einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme die Liberalisierung des Fernbuslinienverkehrs als „im Grundsatz akzeptabel“. Dies gelte jedoch nur, wenn sich daraus keine Konkurrenz zu dem mit kommunalen Haushaltsmitteln finanzierten Nahverkehrsangebot auf der Straße und der Schiene ergebe. Für Christiane Leonard vom Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen schaffte der Regierungsentwurf „verlässliche Bedingungen“. Fernbusse seien in der Regel mindestens um ein Drittel preisgünstiger als die Bahn. Damit sei der Fernbus das Verkehrsmittel für „preissensible“ Bevölkerungsgruppen. Die Nachfrage nach einem Niedrigpreisangebot im Fernverkehr in Deutschland existiere, wie auch die zahlreichen Mitfahrzentralen zeigen würden. Untersuchungen zeigten zudem, dass der Buslinienfernverkehr seine Fahrgäste vor allem vom Pkw-Verkehr und von den Mitfahrzentralen sowie von den so genannten Grauverkehren (ungenehmigte Linienverkehre mit Kleinbussen, insbesondere durch osteuro-

päische „Unternehmen“ betrieben), gewinnen würde. Deshalb sei eine Abwanderung der Fahrgäste von der Schiene auf den Bus nicht im nennenswerten Umfang zu befürchten, betonte sie in ihrer Stellungnahme in der Anhörung des Verkehrsausschusses. Die von den Sozi-

Auch Holger Krawinkel vom Bundesverband der Verbraucherzentrale begrüßte eine Liberalisierung des Fernbusverkehrs. Die Sorge, dass das Angebot im Eisenbahnverkehr dadurch nachhaltig Schaden nehmen würde, teilte er nicht. Die Potenziale dieses Marktes sollten im Interesse der Verbrau-

keiten während der Fahrt und sie sei meist schneller – aber sie habe ihren Preis. Der Fernbus hingegen sei durch das Staurisiko in Pünktlichkeit und Reisegeschwindigkeit eingeschränkt, er sei aber deutlich preiswerter. Dieter Gauf vom Internationalen Bustouristikverband hielt die vorgesehene Erleichterung des Genehmigungsverfahrens für den Fernlinienverkehr aus sozialen, umweltpolitischen und wirtschaftlichen Gründen für sinnvoll und notwendig. Diese Öffnung dürfe jedoch keinesfalls mit einer Maut verknüpft werden. Auch Jan Werner vom Verkehrsclub Deutschland begrüßte die vorgesehene De-regulierung des Fernbusverkehrs, da dadurch insbesondere aus dem Bereich des motorisierten Individualverkehrs neue Kundengruppen erschlossen würden. Er kritisierte in seiner Stellungnahme jedoch, dass im Regierungsentwurf „regulierende Vorgaben“ fehlten. So sei es zum Beispiel möglich, dass der Bahnverkehr in maßvoller Weise geschützt werde.

»Bahn schützen« Für Alexander Kirchner von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft darf die Liberalisierung des Linienfernbusverkehrs keine negativen Auswirkungen auf den Eisenbahnpersonenverkehr haben. Im Sinne der dringend gebotenen ökologischen Verkehrswende müsse sichergestellt werden, dass das flächendeckende Eisenbahnverkehrsangebot durch Zubringerleistungen im Fernbusbereich geschützt und nicht durch konkurrierende Leistungen gefährdet werde. *Michael Klein*



Busverbindungen innerhalb Deutschlands gibt es bisher nur von und nach Berlin.

aldemokraten und den Grünen in Erwägung gezogene Busmaut lehnte sie „entschieden“ ab. Damit würde der gesamte Reisebusmarkt in eine Schiefelage geraten, die nahezu alle rund 4.500 privaten Busunternehmen in Deutschland in ihrer Existenz bedrohe, sagte Leonard.

cher erschlossen werden. Das so entstehende Konkurrenzverhältnis von Bahn und Fernbus sei für beide Seiten produktiv, sagte er. Bahn und Bus hätten unterschiedliche Stärken und wendeten sich daher an unterschiedliche Kundengruppen: Die Bahn biete mehr Komfort und gute Arbeitsmöglich-

Deutsche Hotels hoch im Kurs

WIRTSCHAFT Branche lobt Mehrwertsteuer-Senkung als Hilfe für Investitionen

Die deutsche Hotelbranche hat den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf Übernachtungsdienstleistungen massiv verteidigt. In einem Gespräch mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie am Mittwoch verwiesen der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), Ernst Fischer, und Dehoga-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges auf zahlreiche dadurch möglich gewordene Investitionen in Höhe von 860 Millionen Euro. Ermäßigte Mehrwertsteuersätze seien in Europa im Hotelgewerbe mehr die Regel denn die Ausnahme. 23 Länder hätten ermäßigte Sätze. Alle Nachbarländer Deutschlands mit Ausnahme von Dänemark würden ermäßigte Mehrwertsteuersätze anwenden. Fischer erklärte, durch die bessere Ertragsituation sei es für viele Betriebe auch leichter geworden, an Kredite für Investitionen zu kommen. „Die Steuer-senkung war somit ein echtes Konjunkturprogramm für das lokale Handwerk und die Zulieferindustrie“, sagte Fischer. Für die FDP-Fraktion war der Bericht der Dehoga-Verehrter Beleg für die positive Auswirkung der Steuer-senkung. Es zeige sich, dass aufgeschobene Investitionen jetzt nachgeholt würden. Dagegen vermerkten die Grünen Fischers Aussage, die Steuer-sen-

kung komme einem Konjunkturprogramm gleich, nicht folgen. Wäre das so, dann müsste die Steuer bei besserer Lage wieder auf 19 Prozent angehoben werden. Nach Branchenangaben stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gastgewerbe in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 94.000. 90.000 junge Menschen würden in einem der sechs gast-gewerblichen Berufe ausgebildet. 2010 wurde allerdings bei den Verhältnissen ein überdurchschnittliches Minus von 9,6 Prozent verzeichnet. Um gegen-zusteuern habe man unter anderem die Aus-bildungsvergütungen angehoben, erklärte Fischer. Insgesamt stellte Fischer fest: „Der Jobmotor Gastgewerbe läuft.“ Der Rückgang der Ausbildungszahlen löste Besorgnis bei der Union aus. Es sei ein Problem, dass fast die Hälfte der Auszubilden- den nach bestandener Prüfung den gelehr- ten Beruf verlasse. Die SPD-Fraktion führte dies auf die zum Teil „prekäre Beschäfti- gungssituation“ zurück. Gründe seien man- gelnde Tarifbindung und Billigjobs. Die Linksfraktion kritisierte, die Beschäftigten würden zum Teil so wenig verdienen, dass sie mit Hartz IV aufstocken müssten. Das sei quasi eine Subventionierung. Für den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, Ernst Hinsen-

(CSU), kann die Bedeutung des Hotel- und Gaststättengewerbes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. „Deutschland steht als Reiseland sowohl bei den Gästen aus dem Inland als auch aus dem Ausland hoch im Kurs“, erklärte Hinsen, der bald ein Über-schreiten der Grenze von 400 Millionen Übernachtungen in Deutschland im Jahr er-wartet. 2011 waren 394,1 Millionen Über-nachtungen registriert worden. *hle*



Ausschussvorsitzender Ernst Hinsen (rechts) und Dehoga-Chef Ernst Fischer

Regierung lobt Reisezentrale

TOURISMUS Zum anhaltenden Deutsch-land-Reiseboom leistet die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) laut Bundesregie-rung einen wichtigen Beitrag. Dies bestätige auch ein Evaluierungsbericht zu den Erfolgs-kontroll-Mechanismen bei der DZT, er-läuterte die Regierung vergangenen Mit-woch im Tourismusausschuss. Die DZT wirbt im Auftrag der Bundesregierung für das Reiseland Deutschland im Ausland. Nach Zahlen der DZT verbuchte Deutsch-land im Jahr 2011 63,8 Millionen ausländi-sche Übernachtungen – ein Rekord. Zudem bleibt Deutschland mit 330,3 Millionen Übernachtungen das beliebteste Reiseland der Deutschen. Die Koalitionsfraktionen mahnten, dass zwischen der Kontrolle und den eigentli-chen Marketingaufgaben der DZT „ein ver-nünftiges Maß“ gewahrt bleiben müsse. Die SPD und Die Linke interessierten sich für neue Akzente der DZT-Arbeit nach dem ara-bischen Frühling. Ein Vertreter der DZT machte deutlich, dass arabische Länder als touristischer Quellmarkt für Deutschland nur eine untergeordnete Rolle spielten. Die Grünen forderten die schriftliche Vorlage des Evaluationsberichts. Die Bundesregie-rung sagte zu, dies zu prüfen, verwies aber zugleich darauf, dass es sich um einen „in-ternen Prüfbericht“ handle. *mpi*

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament
Die Ware Wissen

ERFEBUNGSMASCHINE
SCHWACHNE
THEMEN: Zukunft des Wissens im Digitalen Zeitalter

